

Arbeiterdemokrat



tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (rüh)

In zwölfter Stunde.

Als die Parlamentismehrheit seinerzeit den Antrag der 117 auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses ablehnte, begründete die Koalitionspresse dies mit dem Hinweis, es sei nicht der geeignete Augenblick zu einer solchen Aktion. Als Genosse Dr. Czech vorgestern unseren Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Begleichung des nationalen Kampfes begründete, konnte er mit allem Nachdruck darauf verweisen, daß der psychologische Moment gekommen sei, um an die Lösung der nationalen Frage zu schreiten. Die allnationale Koalition, die nach den Novemberwahlen neu geboren wurde, ist nicht mehr der alte, prompt arbeitende Apparat. Nach drei Monaten des neuen Parlamentes stehen wir mitten im Chaos. Wir haben kein Parlament mehr, wir haben nur noch eine Rednertribüne, von der aus Minister Grobheiten und noch dazu reichlich dumme Grobheiten zum Besten geben. Die große Erfindung der allnationalen Demokratie, die Koalitionsausschüsse, funktionieren nicht mehr. Man kann sich in keiner Frage einigen. Weder das Staatsbeamtengeheiß, noch das Bauergeheiß, noch die Bedeckung für beide sind erledigt worden. Der Militärkonflikt scheint unlösbar. Man steht dort, wo man im November stand, nur daß man damals die Hoffnung auf das neue Parlament hatte, heute aber um viele Erfahrungen reicher und um ebensoviele Hoffnungen ärmer ist. Die internationale Entwicklung geht über die Politik Veness zur Tagesordnung über, die Schwierigkeiten im Innern und in der Außenpolitik wachsen. Die allnationale Koalition kann nicht regieren, aber sie kann auch nicht auseinandergehen, weil sie nicht weiß, was an ihre Stelle treten soll. Sie kann nicht leben und nicht sterben, sie steht vor einem unvergleichlichen Zusammenbruch ihrer Politik. In dieser Situation hilft kein Plästerchen, wie die Gewinnung der Linken-Leute, in dieser Lage gibt es nur einen Weg, den Weg zurück zur Demokratie.

In zwölfter Stunde bietet die Opposition dem tschechischen Volk die Hand zur Veröhnung. In zwölfter Stunde tut die deutsche Sozialdemokratie den ersten Schritt zur Lösung jener Fragen, die das Problem dieser Republik schlechthin sind. Wir sind wie nur je entschlossen, auf dem Boden des Staates, in den uns die Geschichte gestellt hat, unser Recht zu erkämpfen. Wir haben nie gegen das tschechische Volk und seine Rechte gekämpft, wir haben immer gekämpft und kämpfen heute für die Rechte des deutschen Volkes in diesem Staate. Die deutsche Sozialdemokratie braucht nicht mit ihrer Vergangenheit brechen, sie ist die einzige deutsche Partei, die nicht nötig hat, anderes zu fordern, als sie vor zwei Jahrzehnten verlangt hat. Darum konnte sie und nur sie jetzt den Schritt tun, der eine neue Ära in der Geschichte der Republik einleiten kann, wenn er auf tschechischer Seite als das aufgenommen wird, was er tatsächlich bedeutet: ein ehrliches, vorbehaltloses Friedensangebot im Interesse aller Völker des Staates.

Die tschechischen Parteien mochten bisher klüben, es habe mit der Lösung der nationalen Frage Zeit, sie konnten glauben, daß sie die Gewenden und die Deutschen die Nehmenden seien. Sie müssen heute bei klarer Ueberlegung finden, daß sich das Verhältnis der Partner verschoben hat. Man hat uns unser Schulwesen auf zwei Drittel seines früheren Standes eingeschränkt, man hat uns fast die letzten Reste der lokalen Selbstverwaltung genommen, man hat die Bodenreform gegen die Deutschen zu Ende geführt, man hat das deutsche Sprachgebiet mit tschechischen Minderheiten durchsetzt und sich die wirtschaftliche Vormachtstellung gesichert. Was kann man uns noch nehmen, was haben wir noch zu verlieren? Man kann die Schikanen verschärfen und die Minderheiten noch mehr reizen, aber was gewinnt dabei das tschechische Volk? Seine Bourgeoisie ist saturiert, es hat die 1920 begonnenen Aktionen gegen die nationalen Minderheiten bis zum Ziele durchgeführt, was kann es noch erobern?

Das nationale Problem und seine Lösung.

Die Rede des Genossen Dr. Czech im Abgeordnetenhaus.

Wir veröffentlichen nachfolgend die bereits gestern kurz erwähnte Rede des Gen. Dr. Czech, die, weit über den Rahmen der üblichen Debattenreden hinausgehend, zunächst eine scharfe Zurückweisung des unerhörten Vorschlages bringt, daß in der jüngsten Zeit einige Minister der gesamten Opposition gegenüber an den Tag legen. An Hand eines schlagenden Beweismaterials deutet Genosse Czech sodann auf, wie sehr der gegenwärtige schroff ablehnende Standpunkt der Koalition selbst den berechtigtesten Forderungen der Minoritäten gegenüber in schärfstem Widerspruch steht zu jenen Traditionen, welche das tschechische Volk und seine Führer in jahrzehntelangem Kampf um ihre Gleichberechtigung im alten Oesterreich ausgebildet und in Ehren gehalten haben. Seine Rede gipfelte in dem bereits gestern an leitender Stelle abgedruckten und heute offiziell überreichten Antrag auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses, der das brennende nationale Problem im gegenseitigen Einverständnis einer wohlwollenden, das friedliche Nebeneinanderleben der Nationen dieses Staates verbürgenden Lösung zuführen soll.

Der Antrag ist ein letztes Mahnwort und hat, wenn auch die Koalitionsoffiziere sich bis jetzt zu ihm nicht sachlich geäußert haben, in parlamentarischen Kreisen nachhaltigen Eindruck erweckt. Wir wollen daher nicht glauben, daß auch dieses Angebot von den Vertretern des tschechischen Volkes mit derselben Handbewegung abgelehnt werden sollte wie so manche andere: Anträge, die sich in dieser Richtung bewegen, sondern wir wollen zielbewußt und jähe an dem begonnenen Werk weiterarbeiten, bis das Veröhnungswort gelungen ist.

Zur Begründung dieses Antrages führte Genosse Dr. Czech aus:

Hohes Haus! Die ganze politische Deffentlichkeit dieses Landes hat dem heutigen Tage mit großer Spannung entgegengesehen. Der Justizminister Herr Dr. Biskovsky hat in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses namens der Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie einer Debatte über die letzten Ereignisse nicht nur nicht ausweiche, sondern sie sogar wünsche, um der ganzen Welt die „Rationalität dieses Querulantenums“ aufzuzeigen zu können, das zu den Demonstrationen in Karlsbad und anderwärts geführt hat. Nun, die heutige Sitzung hat tatsächlich die erhoffte Sensation gebracht.

Sie sollte nach den Wünschen der Koalitionskreise eine Tragödie des deutschen Volkes werden, sie ist aber eine Schmierentomödie der Koalition geworden.

(Sehr richtig!) Es ist dies einzig und allein auf das Konto der Regierung zu setzen, deren Erklärungen sich auf einem Niveau bewegten, das

die heutigen Parlamentenberhandlungen zu einem der traurigsten Kapitel des tschechoslowakischen Parlamentarismus

gemacht hat. Es fehlt mir naturgemäß die Möglichkeit, zu den Einzelheiten der Darlegungen

Man sollte im tschechischen Volk bedenken, daß jener Zeitpunkt nicht mehr fern ist, da die nationalen Minderheiten nichts, rein nichts mehr zu riskieren, aber alles zu gewinnen haben. Man sollte bedenken, ob die Politik der Gewalt einen größeren Gewinn für das tschechische Volk, eine größere Sicherheit des Staates schaffen kann, als der nationale Ausgleich, der die ruhige Entwicklung des Staates im Innern und damit auch als europäischer Macht allein sichern kann. Gibt es links von Kramar eine Partei oder einen Politiker, der den Faschismus für einen Ausweg und nicht für ein Va banque-Spiel hält? Die demokratischen Parteien des tschechischen Volkes, jenseitig, die sich zur Politik der allnationalen Koalition selbst erst überreden und durch die Preisgabe ihrer Prinzipien vorbereiten mußten, halten noch einmal alle Trümpfe in der Hand, sie können jetzt Frieden und Ruhe für den Staat und damit gerade das, was sie, die „staatsverhaltenden Parteien“, angeblich so heiß erstreben, gewinnen; schlagen sie die dargebotene Hand der Veröhnung aus, dann ist auf lange, vielleicht auf immer der Weg zum Frieden verlegt und es ist nicht gesagt, ob in zwei oder drei Jahren die internationale Lage nicht ein anderes Kräfteverhältnis geschaffen haben wird. Der Faschismus aber, das ist die letzte Karte, die nur einen Zug sichert; der Faschismus bedeutet eine Lösung für zwei oder drei Jahre und dann die Sintflut.

In der Situation, der heute die Regierung und die allnationale Koalition gegenüberstehen, gäbe es keine größere Gefahr, als das Argumentieren mit Gefühlen und Schlagworten; die Politik der Deutschbürgerlichen in Oesterreich

des Herrn Ministers Stellung zu nehmen, da sie zum allergrößten Teil im Lärm der beiderseitigen Auseinandersetzungen verloren gegangen sind. Doch man braucht dies nicht zu beklagen, da sie wenigstens in ihrem ersten Teile eine ernste Beachtung nicht verdienen. Es ist betrüblich genug, daß die gesamte deutsche Bevölkerung von so wichtiger Stelle nicht etwa für die wirklichen Enunziationen deutscher Politiker, sondern für die diversen Polizeis- und Spitzelberichte verantwortlich gemacht wird. Ueberlassen wir diese Berichte getrost den diversen tschechoslowakischen Auslands- und Propagandastellen zur entsprechenden Verwertung und erweisen wir ihnen die ihnen gebührende Achtung indem wir an ihnen einfach achlos vorübergehen.

Der juristische Teil der Darlegungen des Herrn Innenministers

geht an den grundlegenden Fragen einfach vorbei. Er übersieht geflissentlich die formale Seite der Frage, die unserer Auffassung nach auch die entscheidende moralische Seite des Problems ist, und setzt sich unter dem Vorwand, als würde von deutscher Seite bis zum heutigen Tage auch nicht der leiseste Versuch einer sachlichen Stellungnahme unternommen worden sein, mit den entscheidenden

Einwendungen der deutschen Parteien überhaupt nicht auseinander.

Zunächst soll jedoch mit aller Entschiedenheit gegen die Behandlung Einspruch erhoben werden, die einzelne Minister, soweit sie in dieser Debatte hier und im Senat zum Worte gekommen sind, der Opposition zuteil werden lassen.

Schon Herrn Dr. Biskovsky hat es beliebt, unseren Kampf als

„Querulantenum“

zu bezeichnen. In Oesterreich wäre ein Minister, der es gewagt hätte, die Opposition in solcher Weise zu apostrophieren, schon im nächsten Augenblick durch einen Sturm der Entrüstung des ganzen Hauses von der politischen und parlamentarischen Bildfläche weggesegt worden. Das weiß Herr Justizminister Dr. Biskovsky sehr wohl. In diesem Hause konnte er in einer Angelegenheit, die gar nicht in seinen Wirkungskreis fällt, unter dem stürmischen Beifall der tschechischen Mehrheit die ganze deutsche parlamentarische Delegation von der Parlamentartribüne herab des Querulantenums bezichtigen und die ganze deutsche parlamentarische Delegation in schnoddriger Weise von oben herab behandeln, wie dies selbst der feudalist unter den seinerzeitigen österreichischen Ministern seinerzeit sich nicht gestattet hätte,

Wie rasch und wie gründlich hat man auf tschechischer Seite umgelernt!

Lassen Sie mich an eine Episode aus den tschechischen Kämpfen im österreichischen Staat erinnern. Am 21. Jänner 1909 hatte der damalige Leiter des Handelsministeriums Mataja einen Posterspruch herausgegeben, den Herr Kollege Dr. Kramar zum Gegenstand einer Interpellation machte. Der Erlaß hat damals angeordnet, daß für die Prager Postdirektion in der Korrespondenz mit jenen Bediensteten, die sich der Nachprüfung nicht in deutscher Sprache unterzogen hatten, ausnahmsweise auch der Gebrauch der tschechischen Sprache „zulässig“ ist. Ich stelle fest: „zulässig“ und nicht „verboten“. Dieses einzige Wort „zulässig“ sollte dann dem österreichischen Parlament zum Verhängnis werden. Die tschechischen Abgeordneten erblickten in diesem einen kleinen Wörtchen

Die deutsche Sozialdemokratie war sich in jedem Augenblick ihrer Sendung in diesem Staate bewußt, sie hat, den Augenblick und seine Bedeutung erkennend, dem Parlament einen Antrag unterbreitet, dessen Bedeutung weit über das Heute hinausreicht. Die Annahme des Antrages würde bedeuten, daß nach dem Zusammenbruch der allnationalen Gewaltpolitik, deren letzte Neukerungen nicht mehr selbstbewußte Taten, sondern provokative Mißgeburten waren, die sich durch die ungeklärten Neben ihrer Minister, mehr noch, als durch den parlamentarischen Stillstand, aus dem sie keinen Ausweg finden, bloßgestellt und vor jedem denkenden Menschen gerichtet hat, eine neue Epoche in der Geschichte der Republik anheben soll, daß man dort fortsetzen will, wo man im November 1918 stehen blieb. Seine Ablehnung würde bedeuten, daß auf Jahre hinaus Wesen und Inhalt des tschechischen Staatsgedankens der Bendref bleibt, daß der erbitterte Kampf der Nationen den Staat zerreißt, daß eine geistverlassene Außenpolitik den wirtschaftlichen Ruin der Republik beschleunigen werden. Es ist ein entscheidender Augenblick in der Geschichte des tschechischen Volkes, nicht minder bedeutungsvoll als für Oesterreich die Krise des Dualismus und der Sommer 1917 es waren. Vor uns liegt die Zukunft dunkel und undurchdringlich. Aber die Fackel, die wir in der Nacht des Chaos, das uns seit Monaten immer toller umwirbelt, entzündet haben, zeigt uns die Marksteine einer sicheren Straße! Der Rendant der nationalen Gewaltpolitik weist den Weg in den Abgrund.

eine schwere Beleidigung und forderten von der Regierung sofortigen Widerruf. Vergebens versuchte Dr. Malaja die tschechischen Abgeordneten zu beschwichtigen. Er wurde mit Beschimpfungen wie „Wissenschaftlicher Betrug, Gaunerei!“ belegt und die tschechischen Abgeordneten gingen gegen die Ministerbank los. In der nächsten Sitzung am 5. Februar 1909 setzte man dann auf tschechischer Seite mit der tschechischen Obstruktion ein, so daß nichts anderes übrig blieb, als die Session des Parlamentes für geschlossen zu erklären. Das kleine Wörtchen „zulässig“, um dessen Willen sogar der Minister Malaja sich entschuldigte, genügte den tschechischen Abgeordneten, um das Parlament für Monate lahmzulegen.

Und nun sei mir eine Frage gestattet: Was bedeutet „zulässig“, gemessen an dem Vordruckargument des Herrn Min. Strikbrn, gemessen an dem Vorwurf des Querulantentums seitens des Herrn Dr. Biskovsky? Würden uns diese Ausführungen nicht berechtigen, aus ihnen die schärfsten Konsequenzen der Mehrheit gegenüber zu ziehen, wie es damals im österreichischen Parlament die Tschechen gemacht haben? Und nun fragen wir uns, was Herrn Biskovsky zu seinen Anklagen berechtigte?

Der neue Finanzplan der Regierung, der eine weitere Verleerung der Lebenshaltung der Bevölkerung im Gefolge hatte, hat in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung eine heftige Erregung hervorgerufen. Die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz hat bei der nicht-tschechischen Bevölkerung des Landes

einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und mächtige Protestbewegungen ausgelöst und nun möchte der Herr Justizminister diese Proceßbewegung mit der schodderigen Bemerkung des Querulantentums abtun. Welch ein kurzes Gedächtnis für die Geschichte des tschechischen Volkes und für seine jahrzehntelangen politischen Kämpfe verrät diese Äußerung des Herrn Justizministers! In seinem Buche „Aus bewegten Zeiten“ sagt Josef Benisek wörtlich:

„Die innere Amtssprache ist und bleibt die erste, die aktuellste und die dringendste Aufgabe jeder aktiven böhmischen Politik. Sie ist ein point d'honneur in Bezug auf welchen es keinen Unterschied beim böhmischen Volke überhaupt gibt.“

Der ganze Kampf des tschechischen Volkes in den letzten Jahrzehnten war nahezu ausschließlich von

Kämpfen um die Amtssprache und um die Schule

ausgeführt. Er galt fast ausschließlich den Sprachverordnungen, mit denen die diversen österreichischen Regierungen die Forderungen der einzelnen Nationalitäten, die sie immer und immer wieder gegeneinander auspielen, befriedigen zu können glaubten. Dieser Kampf drehte sich im Wesen genau um dieselben Fragen, die auch jetzt wieder die Leidenschaften so heftig aufgeweicht haben. Und nun kommt der Herr Justizminister Biskovsky daher und stigmatisiert diesen Kampf als Querulantentum. Man braucht nur die Reden des Herrn Justizministers aus früherer Zeit zur Hand zu nehmen. Sie sind durchwegs jenen Fragen gewidmet, die er heute wegwerfend als „Querulantentum“ bezeichnet. In seinen Reden geht er sich mit der sprachlichen Wirtschaft in Böhmen, Mähren und Schlesien aneinander, er spricht von der Anarchie in diesen Verhältnissen und beschwert sich über die wirtschaftliche und po-

litische Zurücksetzung der Tschechen, über die Ungerechtigkeit bei den Richterernennungen, er redet von der nationalen deutschen Hydra, die durch nichts zu füttern ist, er erzählt, daß man jeden Augenblick besorgt sein müsse, ob nicht morgen schon ein neuer Verfassungsbuch oder ein Angriff auf die sprachlichen und verfassungsmäßigen Rechte des tschechischen Volkes kommen wird. Er schließt, nachdem er festgestellt hatte, daß es sich für die Tschechen im österreichischen Staate nicht ausgezahlt hat und nicht auszahlt, loyal zu sein, mit den Worten:

„Österreich kann und wird nur auf der Gleichberechtigung aller Völker basieren oder Oesterreich existiert nicht mehr. Tertium non datur.“

Und nun, hohes Haus, müssen wir uns von Dr. Biskovsky, wo wir nichts als die Gleichberechtigung für alle Völker dieses Staates in Anspruch nehmen, den Vorwurf des Querulantentums gefallen lassen.

Abg. Dr. Kramat (tschechisch): Von dem Brünner Rathaus sprechen Sie nicht?

Dr. Gsch: fortfahrend: Ich werde auch auf die „Radnice“ zu sprechen kommen. Ich möchte aber Herrn Kramat sofort mitteilen, daß die deutsche sozialdemokratische Partei im Brünner Rathaus immer nur in der Opposition gewesen ist, daß die deutsche sozialdemokratische Partei in der Brünner „radnice“ niemals für ein Budget gestimmt hat, daß wegen dieser Haltung eines schönen Tages der deutsche Sozialdemokrat Dr. Gsch aus dem Stadtrat hinausgeworfen wurde, so wie er von den Tschechen auf dem tschechischen Boden aus dem Vizepräsidium hinausgeworfen worden ist. Und ich möchte dem Herrn Dr. Kramat bei dieser Gelegenheit — er ist ja darüber sehr gut unterrichtet — fragen, daß dieselben Tschechen, die sich im Brünner Rathaus so sehr bedrückt gefühlt haben, im Jahre 1906 einen Ausgleich mit der deutschen Bourgeoisie abgeschlossen haben, mit dem sie sich das Wahlrecht gegen die Arbeiterschaft sicherten. Das war im Jahre 1906, bei dem berühmten mährischen Pakt, bei welchem der tschechischen und der tschechischen Arbeiterschaft das Wahlrecht genommen wurde, indem sie auf eine badenische Kurie gesetzt worden ist, die zu neun Zehnteln in Anspruch genommen wurde vom Bürgertum. Das mit der „radnice“ ist also nicht so, wie sich Dr. Kramat das ausgedacht hat.

Und nun zurück zu unserem Gegenstande. In seiner Rede vom 4. März dieses Jahres rief uns der Herr Justizminister zu: „Wenn Sie die Sprachverordnungen durch

Demonstrationen auf der Gasse

austragen, anstatt den Weg der Diskussion zu wählen, dann müssen Sie damit rechnen, daß gegen ein solches Vorgehen sich wieder die Macht und die Waffe der Polizei stellt.“ Also Herr Minister meint, wir hätten nicht demonstrieren, sondern diskutieren sollen.

Ich aber frage: Warum hat die Regierung, da sie sich lustigerecht verpflichtet hatte, mit uns vorher den Entwurf der Sprachverordnungen im Verfassungsausschusse zu diskutieren, diese Diskussion verhindert, indem sie die Sprachverordnungen, ohne uns zu befragen, erlassen und so ihr Wort gebrochen hat?

Das ist es ja, was wir der Regierung zum Vorwurf machen. Das ist es ja, was unseren tiefen Groll, unseren tiefen Zorn entfesselt und uns auf die Straße gerieben hat. Der Justizminister meint, wir hätten statt zu demonstrieren,

diskutieren

sollen. Ich frage, wo und mit wem? Als

wir seinerzeit die Einberufung des Parlamentes verlangten, um zu diskutieren, wurde uns die s von tschechischer Seite verweigert. Als wir im Interpellationswege die dringliche Erörterung der Sprachverordnung verlangten, um sie zu diskutieren, ist uns dies von der Mehrheit des Hauses, ja vom Herrn Justizminister selbst in seiner Funktion als Abgeordneter dieses Hauses, abgelehnt worden. Als wir, um über die Karlsbader Vorfälle zu diskutieren, die Einladung an den Herrn Innenminister ergehen ließen, er möge sofort dem Hause Bericht erstatten, wurde dieser Antrag von der Koalition, obwohl der Herr Innenminister bei der Abstimmung im Saale abwesend war, schroff zurückgewiesen. Nun aber, hohes Haus, rät uns der Herr Minister, daß wir trotzdem nicht demonstrieren, sondern diskutieren sollen. Wir können in diesem Hause, in dem uns durch eine drakonische Geschäftsordnung die Aehle zugeschnürt ist, nicht frei atmen. Wir müssen uns bei jeder Gelegenheit entweder überhaupt das Wort verbieten oder aber uns die Worte nach der Goldwaage zuzählen lassen.

Ein tschechischer Abgeordneter hat einmal im alten Oesterreich, es war am 17. Jänner 1914, über die österreichische Geschäftsordnung gesprochen und gemeint:

„Wir haben eine gedruckte, beschlossene Geschäftsordnung und neben dieser Geschäftsordnung besteht noch eine zweite, das ist die, welche gegen die Parteien angewendet wird, die der Majorität, namentlich der momentanen Majorität, nicht an genehm sind. Das ist die Geschäftsordnung der Willkür, das ist die Geschäftsordnung, die auf dem sogenannten Majoritätsprinzip basiert. Man könnte mir sagen, die Majorität des Hauses soll immer, auch in der Geschäftsordnung, zum Ausdruck kommen. Das ist aber ein großer, das ist ein fataler Irrtum. Denn wenn nur nach dem Majoritätsprinzip regiert würde, wenn immer nur der Wille und Beschluß der Majorität gehandhabt werden sollte, dann brauchen wir überhaupt keine Geschäftsordnung mehr, dann sind wir den verschiedenen Ansprüchen der momentanen Majorität ausgeliefert.“

Und zum Schluß macht der betreffende Abgeordnete einen Seufzer und sagt:

„Ja, wenn es noch eine anständige, eine gerechte Majorität gäbe!“

Hohes Haus! Der Abgeordnete, der diese Rede gehalten hat, wir der Herr Justizminister Dr. Biskovsky, dessen Auffassungen über das Majoritätsprinzip inzwischen eine tief durchgreifende Wandlung erfahren haben.

Der Mißtrauensantrag.

Run gestatten Sie mir, daß ich mich auch dem eigentlichen Beratungsgegenstand zuwende. Unsere Partei ist dem zur Verhandlung stehenden Mißtrauensantrag beigetreten, weil sich die Regierung durch Erlassung der Sprachverordnung nicht nur in verfassungswidrlicher, sondern auch in moralischer Richtung mit einer schweren Schuld beladen hat. Die Verpflichtung der Regierung zur vorherigen Vorlage des Entwurfes der Sprachverordnung an den Ausschuss war eine derart klare und eindeutige, daß die Nichterhaltung dieser Verpflichtung als

ein Wortbruch

bezeichnet werden muß, der in der Geschichte des Parlamentarismus wohl einzig dastehen würde, und nur noch von einem Fall, über den auch der Herr Dr. Kramat sehr gut unterrichtet sein

dürfte, überboten wurde, nämlich von dem Wortbruch Badenis 1897 aus Anlaß der Erlassung der seinerzeitigen Sprachenverordnungen.

Abg. Dr. Kramat: Da irren Sie sich aber stark, so war das nicht.“

Dr. Gsch: Die Dinge haben sich damals so zugetragen: Um die durch sein Vorgehen mißtrauisch gewordenen Deutschen zu gewinnen, versicherte Ministerpräsident Badeni am 31. Oktober 1896, er werde allen sachlich begründeten Anforderungen in der Sprachenfrage im Bereich der Justiz und Verwaltung Rechnung tragen und er werde deshalb — jetzt zitiere ich wörtlich — „mit beiden Parteien in Böhmen Fühlung nehmen“. Das war eine ganz klare Verpflichtung. Nachdem aber das neue Parlament zusammengesetzt war, ging Badeni an die zweite große Aufgabe, das ist die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn und um diesen für die Völker Oesterreichs mit großen Opfern verbundene Vertrag durchzuführen, erkaufte sich Badeni die tschechische Zustimmung durch keine Sprachenverordnungen vom 6. April 1897 und dann heißt es wörtlich: Badeni hatte dadurch sein vor einigen Monaten den Deutschen gegebenes Versprechen gebrochen.

Abg. Dr. Kramat: „Ob das wahr ist, ist eine große Streitfrage.“

Dr. Gsch: Es ist auch um den jetzigen Wortbruch ein Streit, aber ich meine, er ist in dem einem wie in dem anderen Falle ein Wortbruch. Die tschechoslowakische Regierung sucht sich nun der peinlichen Situation, in die sie durch die Sprachverordnung geraten ist, in einem Kommunikation abhelfen, daß sie behauptet,

an Erklärungen der Regierung Zusatz nicht gebunden zu sein,

da bereits inzwischen zwei Regierungen Cerny und Benes im Amte gewesen sind und — wie es wörtlich heißt —

„Erklärungen früherer Regierungen für spätere absolut nicht verbindlich sind.“

Dieser Standpunkt ist aber durchaus unhaltbar. Wer würde, wer könnte sich noch mit der tschechoslowakischen Regierung in Verhandlungen einlassen, wenn er damit rechnen möchte, daß ein etwaiger System- oder Personenwechsel alle getroffenen Abmachungen einfach über den Haufen werfen würde? In diesem Falle liegt die Dinge noch weit schlimmer. Die Vereinbarungen wurden damals nicht etwa bloß zwischen der tschechoslowakischen Regierung und den deutschen Parteien getroffen, sondern beruhen auf einer Abmachung der Obmannerkonferenz mit der Regierung. Ich zitiere wörtlich das amtliche Protokoll der Parlamentssitzung vom 10. Juli 1920. Es läßt den Herrn Präsidenten sprechen:

„Es ist hier ferner die dringliche Interpellation der Abgeordneten Dr. Raska, Kostka und Genossen an die Regierung der tschechoslowakischen Republik, deren Dringlichkeit widerrufen wurde, aber es wird im Sinne einer Vereinbarung der Klubobmänner der Herr Minister des Innern in dieser Sache eine Erklärung abgeben.“

Der Wortlaut dieser Ansprache des Präsidenten des Hauses, der Wortlaut der darauf folgenden Rede des Herrn Ministers Svoboda wurde zwischen den Klubobmännern des Parlaments und der Regierung vereinbart. Es liegt also nach dem amtlichen Protokoll nicht etwa bloß eine Gebundenheit der Regierung gegenüber den deutschen Parteien vor, sondern

eine Gebundenheit gegenüber dem ganzen Hause.

Sie begreifen, daß wir darauf bestehen, daß sich zu diesen Feststellungen sowohl die Regierung

Copyright durch Willim Goldmann Verlag Leipzig 1926

Die Goldwäher am Klondike

Roman aus der Zeit der großen Goldjunde in Kanada und Alaska

67 von Emil Droonberg

Opnn erkannte daher auch sofort, daß es ihm nicht möglich sein würde, schnell genug durch die Menge hindurchzubrechen, um den jungen und kraftvollen Polakisten an seiner Seite zu entkommen. Diese mußten aber seine Gedanken erraten haben, denn der eine sagte:

„Ruhig, mein Junge, — und keine Tricks versuchen, denn wir können es verdammt unangenehm für dich machen. So, jetzt gib uns deine Hände! Die Dinger kennst du ja!“

Und trotz seines nutzlosen und deshalb auch nur halbherzigen unternehmenen Versuches, sich dagegen zu sträuben, legten sich im nächsten Augenblick die blinkenden Scharfringe um seine Gelenke und schnappten in das Schloß.

McBee, als er den Ausweg durch des Fenster verlegt sah und daraus erkannte, daß die Polizei ihre Wahrnahmen zu gut getroffen hatte, um ihm irgendwelche Möglichkeit zur Flucht zu lassen, hatte sich, ebenso wie Murphy und die Frauensperson, in das Unvermeidliche gefügt.

Dem Magistat war der ganze Vorgang, der sich in seinen verschiedenen Teilen fast gleichzeitig abspielte und kaum mehr als eine Minute in Anspruch genommen hatte, ziemlich unverständlich geblieben.

„Was bedeutet das, und wer sind Sie?“ fragte er Rone.

„Mein Name ist James Roblin“, entgegnete dieser. „Ich bin Sergeant der Kriminalpolizei in der C-Division in San Francisco und von meiner Behörde hierhergeschickt worden, um diesen Mann

da, der sich jetzt McBee nennt, in Wirklichkeit aber Robert Findlater heißt, wegen Bankraubes, begangen in Austin, Kalifornien, zu verhaften und nach San Francisco zu bringen. Es war uns gemeldet worden, daß er sich in Dawson aufhält. Da ich mich hier aber auf kanadischem Boden befinde und keine Anshandlungen vornehmen darf, habe ich mich an meinen Freund und Kollegen hier“, er machte eine leichte Verbeugung gegen den neben ihm stehenden Mann, „den Sergeanten der Britischen Polizei, gewandt, der alles Nötige veranlaßt hat.“

„Es sind aber hier noch drei andere Personen verhaftet worden. Beschah das auch auf Ihre Veranlassung?“ unterbrach ihn der Magistat.

„Ja, aber nur aus Grund von Mittelungen, die ich meinem Kollegen hier zu machen in der Lage war. Denn hier habe ich mich um Straf-taten, die auf kanadischem Boden verübt wurden und deshalb von kanadischen Gerichten abgeurteilt werden müssen. Die Sache erklärt sich sehr einfach: Es wird Euer Ehren bekannt sein, daß wir Detektive in den Vereinigten Staaten von Zeit zu Zeit Gelegenheit erhalten, die Gefangnisse zu besuchen, um uns die Gefangenen anzusehen. Wir tragen dabei Mühen mit einem Stück schwarzen Zeug vor dem Gesicht, in dem sich nur Ausschnitte für die Augen befinden. Die Gefangenen werden dann in einer Reihe vor uns aufgestellt, und wir können uns ihre Gesichter und etwa ige besondere Merkmale einprägen, ohne daß sie uns kennenlernen.“

Auf diese Weise war mir auch Preston Opnn im Gefängnis von San Quentin in San Francisco bekannt geworden. Er war nicht zum ersten Mal dort. Auch keine Frau, die hier vorgegeben hat, Eileen Malony zu heißen und unversehrt sei zu sein, ist schon als Ladendiebin bestraft. Als ich dann in San Francisco an Bord ging, fand ich auch Opnn auf dem Schiffe, der ebenfalls im Begriff stand, nach dem Klondike zu reisen. Zuerst nahm ich an, daß er allein sei, dann erwiderte ich

aber, daß auch seine Frau an Bord war. Nur hatte sie sich wieder in ein junges Mädchen verwandelt und den Namen Eileen Malony angenommen. Daß das nur geschähen war, um irgendeinen großen Betrug oder sonstiges Verbrechen auszuführen, war mir natürlich klar, und ich nahm beide unouffällig unter Beobachtung. Um was es sich aber in Wirklichkeit handelte, blieb mir lange rätselhaft, da die richtige Miß Malony, die zufällig dasselbe Schiff zur Reise benutzte, und die damit in irgendeiner Beziehung stehen mußte, ein armes Mädchen war. Ich bildete mir ja verschiedene Theorien, lernte aber doch erst hier in Dawson den Zusammenhang der Dinge verstehen und begriff dann, welchen ungeheuren Betrug sie mit Murphy und Findlaters Hilfe geplant hatten. Um sie in Bezug auf ihre Absichten völlig zu überführen, mußte ich die Sache bis zu dem Punkte gehen lassen, wo dann das Einschreiten meiner kanadischen Kollegen erfolgte. Vorher hatte ich aber Sergeant Dymes noch gebeten, eine Untersuchung in Murphy's Büro vorzunehmen. Die wäre später ja ohnehin erfolgt. Ich hielt es aber für möglich, daß man den Brief, dessen Vorhandensein Murphy ableugnete, weil er keine ganz verlässliche Beweisführung über den Haufen geworfen hätte, sich doch in keinen Akten finden könnte. Es schien mir nicht recht glaubhaft, daß ein Rechtswalt ein so wichtiges Beweisstück haben kommen läßt. Zum mindesten würde sich doch wohl ein Bemerk über seinen Verbleib in den Akten finden. Wie Sie sehen, war meine Vermutung richtig. Nun wären noch ein paar Worte über den Lauffchein zu sagen. Er ist vermullich echt, aber vielleicht prüft ihn Euer Ehren noch einmal genau, ob nicht etwa in Bezug auf das Geburtsjahr eine Aenderung vorgenommen ist. Mrs. Opnn hat hier angegeben, sie sei dreißig-jährig Jahre alt. In Wirklichkeit ist sie mehr als achtundzwanzig Jahre alt. Miß Malony ist dagegen achtzehn Jahre. Das konnte aus zwei Gründen nicht so belassen werden. Einmal hätte es ihr kaum

jemand geglaubt, daß sie erst achtzehn Jahre zähle — war es ja doch schon schwer genug, ihr die dreizehn-jährig zu glauben — und dann müßte sie als mündig gelten, da sie sonst einen Vormund benötigt hätte, dessen Bestellung Weiterungen hätte herbeiführen können.“

Der Magistat prüfte den Lauffchein noch einmal und hielt ihn dann längere Zeit gegen das Licht.

„Hier ist eine Kopie, daran ist kein Zweifel. Sie hatten recht, Mister Roblin.“

Roblin verbeugte sich.

„Alles Weitere muß ich nun wohl den kanadischen Gerichten überlassen; denn ich nehme an, daß auch eine Auslieferung stattfinden wird.“

„Was für eine Auslieferung?“ fragte er.

„Nun, das ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann.“

„Nun kann auch durch einen Vergleich der Handschrift bewiesen werden, daß Miß Malony die richtige Erbin ist“, sagte Evans.

„Das wird an anderer Stelle geschehen müssen“, entgegnete der Magistat, „obwohl an der Richtigkeit der Person ja kaum noch zu zweifeln ist. Aber es ist noch eine andere Frage zu erörtern. Wie alt sind Sie, Miß Malony?“

„Achtzehn Jahre“, sagte sie.

„Also noch unmündig. Dann könnte, auch wenn Sie ebenfalls wünschen sollten, Ihren Claim an die Klondike Mining Co. zu verkaufen, die Uebertragung heute nicht erfolgen, denn als Minderjährige sind Sie nicht verhandlungsfähig. Es muß erst ein Vormund für Sie ernannt werden, der dann seine Einwilligung zu dem Verkauf zu geben hat.“

(Fortsetzung folgt.)

als auch die Koalitionsparteien äußern und zu den Anklagen Stellung nehmen. In diesem Zusammenhang haben wir auch

eine zweite Anklage

zu erheben. Ich weiß nicht, ob es den Herren bekannt ist, aber es ist Tatsache: Am 21. März 1920 ließ das Justizministerium an die Unterstellen folgenden Erlaß ergehen, der lautet:

Die Gerichte mögen sich genau an die imperativen Bestimmungen des Sprachengesetzes halten, besonders in den Paragraphen 1, 2 und 4. Soweit es sich um Ausnahmen und Erleichterungen handelt, welche in den Paragraphen 2 und 8 vorgesehen sind, ist die Durchführungsverordnung abzuwarten, die in aller nächster Zeit erscheinen wird.

Sechs Jahre sind seitdem verstrichen, die imperativen Bestimmungen des Gesetzes wurden tatsächlich mit aller Strenge gehandhabt, die angehängten Ausnahmen und Erleichterungen sind niemals dekretiert und das Sprachengesetz in diesem Punkte, dem § 8, welcher die Bedingungen vorzieht, niemals bis heute durchgeführt worden. Wie vermag die Regierung, wie vermag das Justizministerium dieses Vorgehen zu rechtfertigen?

Aber, hohes Haus, wir machen auch der Sprachenverordnung zum Vorwurfe, daß sie im Wege eines Diktates

erlassen und daß nicht, wie es in der feinerzeitigen Vereinbarung vorgesehen war,

der Weg der Verständigung mit den Minoritäten

gesucht wurde. Immer und immer wieder haben die tschechischen Politiker von Klasse für die Regelung der Sprachenfrage diesen Weg als den einzig möglichen, als den einzig gangbaren bezeichnet. In einer großen Rede hat Rieger am 15. Jänner 1884 gesagt:

„Ich habe es öffentlich in unserem Landtage und unter Zustimmung aller meiner Parteigenossen ausgesprochen, daß ich auf dem Standpunkte stehe, daß die Nationalitätenfragen in unserem Lande nicht durch Majorisierung gelöst werden können, durch keinerlei Majorisierung, sei es von deutscher, sei es von böhmischer Seite, sondern daß dies nur durch freien Vertrag der beiden Nationalitäten des Landes geschehen könne. Dies ist mein ehrlicher, aufrichtiger Wunsch, ich werde mich dafür zu jeder Zeit mit aller Kraft einsetzen und dafür eintreten, daß die Lösung auf diesem Wege geschehe.“

und Rieger schließt seine Ausführungen mit den Worten:

„Wir sind beide viel zu stark, als daß wir uns durch den anderen Gesetze vorschreiben lassen würden. (Hört! Hört!)“

Den gleichen Standpunkt haben auch später Führer des tschechischen Volkes eingenommen, vor allem Präsident Masaryk, der in einer Parlamentsrede am 4. Feber 1909 ausführte:

„Die böhmische Frage, der Kampf zwischen Deutschen und Tschechen kann nur gelöst, bezw. beendet werden, wenn die parlamentarische Freiheit — ich betone, ich unterstreiche fünfmal, zehnmal, so viel Sie wollen — wenn die Freiheit der administrativen Gewalt gewahrt und jedem von uns ermöglicht wird, sich um seine Sache zu kümmern.“

Und Präsident Masaryk schließt die Rede aus dem Jahre 1909 mit dem Appell an Deutsche und Tschechen:

„Meine Herren, die Sie haben und drücken auf ein Ostroi hoffen, geben Sie den Gedanken auf und arbeiten Sie dahin, daß wir uns Mann zu Mann verständigen.“

Hohes Haus! Denselben Standpunkt haben auch mehrfache Koalitionsparteien und vor allem sozialistische Parteien eingenommen. Das „Pravo Lidu“ hat am 10. Feber 1925 über die Sprachenverordnung geschrieben:

„Die österreichisch-ungarische Monarchie hat es sich zur Gewohnheit gemacht, Sprachenverordnungen durch Diktat einer absolutistischen Gewalt durchzuführen. Aber das Ergebnis dieser Verordnungen war immer kläglich. Dem tschechischen Volke, gegen das sie zielten, wurde dadurch nicht nahegetreten. Das Sprachengesetz kann nicht auf die Dauer ohne Durchführungsverordnung gelassen werden, weil zu viele Verordnungen zirkulieren, die noch einer Unifizierung rufen. Zweckmäßig und verlässlich kann diese Materie nur auf Grund einer vorangegangenen „dohoda“, einer Vereinbarung, geregelt werden.“

Insofern daher die Sprachenverordnungen mit Verletzung dieses Grundgesetzes zustande gekommen sind, wenden wir uns naturgemäß mit größter Entschiedenheit gegen sie. Dies ist umso berechtigter, als

die erlassenen Sprachenverordnungen fast in jedem Buchstaben die Verletzung jener Grundgesetze sind, die die tschechische Politik im Kampfe gegen die österreichischen Verordnungen verfolgt hat.

Die tschech. Staatsmänner des alten Oesterreich haben sich immer gegen die Dekretierung einer Staatsprache gewendet und jedes nationale Vorrecht mit Entschiedenheit abgelehnt. Alle Ihre großen Politiker haben immer den Grundsatz der Gleichberechtigung der Völker und Sprachen hochgehalten und dies im jahrzehntelangen Kampfe.

In einer großen Debatte hat auch Präsident Masaryk — es war am 4. Feber 1902 — den Deutschen zugerufen:

„Ist denn die deutsche Sprache etwas Heiliges, ist sie ein Fetisch, wie kann es gegenüber

Die Genfer Verhandlungen.

Deutschland hält an seinem Standpunkt est.

Genf, 12. März. (Z.M.) Bei der Besprechung der deutschen Vertreter mit der französischen Delegation hielten die ersteren an dem Standpunkte fest, daß in dieser Session nur Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen sei und daß Deutschland zur Zeit keine Verpflichtungen in bezug auf seine Zustimmung zu einer späteren Erweiterung des Völkerbundes abgeben könne. Sie seien bereit, die Frage später zu prüfen, können aber jetzt keine förmlichen Bindungen eingehen. Briand erklärte, daß die versöhnende Aktion Frankreichs sich nach allen Richtungen hin geltend mache. Es dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß der Locarner Pakt durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Kraft gesetzt wird.

Briands Vorschlag.

Genf, 12. März. Ueber die heutige Sitzung der Signatäre des Rheinpaktes wurde ein kurzes Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt, daß von einigen Seiten Versuche wegen einer Lösung gemacht wurden, ohne daß es gelungen wäre, zu einem Ergebnis zu gelangen. Briand erklärte auf Journalisten gegenüber, daß eine Lösung auf folgender Grundlage verwirklicht werden könnte: Deutschland würde sofort ein ständiger Sitz im Völkerbunde zugeteilt werden. Die Frage der Zuerkennung der übrigen Sitze würde bis September vertagt und eine Kommission gewählt werden, welche sich mit der Ausarbeitung eines Vorschlages eines neuen Statutes des Rates befassen würde. Polen würde sofort ein nicht ständiger Sitz zugesprochen werden, worüber allerdings auf Vorschlag des Rates die Völkerbundversammlung und das nur mit Zustimmung Deutschlands entscheiden würde. Es verlautet, daß die deutsche Delegation gegen die Lösung kein Veto eingelegt, sich aber eine Bedenkzeit bis heute abend vorbehalten hat.

Vor 20 Uhr teilt die schweizerische Delegationsagentur mit, daß der schwedische Delegierte Anden, der leicht erkrankt ist und deshalb das Bett hütete, bereits seine Zustimmung

den Staatsgrundgesetzen gerechtfertigt werden, daß es einem Staatsbürger verwehrt wird, direkt mit den Zentralstellen in seiner Sprache zu korrespondieren.“

Nun möchte ich mir auch eine kleine Reminiscenz aus der Wirklichkeit des Dr. Kramarz gefallen, der im österreichischen Parlamente ebenfalls am 4. Feber 1902 zu Worte gekommen ist und der ausgerufen hat:

„Meine Herren, Sie müssen, wenn Sie wollen, daß alle Nationen gleichwertig sind und daß alle den Staat gleich lieben, sagen: daß es nicht eine einzige Staatsprache geben kann, sondern, daß die Sprache eines jeden Volkes die Staatsprache sein muß. (Beifall und Handklatschen auf den deutschen Bänken.) Und Herr Dr. Kramarz ist damals mit größter Entschiedenheit dafür eingetreten, daß jeder Böhme und jeder Deutsche bei jeder Behörde im Königreich Böhmen in seiner Sprache sein Recht finde, und zwar sein volles Recht.“

Zu diesen Argumenten tritt noch eine ganze Reihe weiterer hinzu.

Wir haben eine Enquete abgehalten und constatiert, daß sich nahezu in jeder der vielen Bestimmungen der Sprachenverordnungen nachweisen und in jedem einzelnen Falle aufzeigen läßt, wie leichtfertig die Schöpfer der Sprachenverordnung mit Gesetzen und der Verfassung umgesprungen sind. Sie haben gegen Recht und Gesetz den Gemeinden und Gemeindefunktionären, den zu Staatsorganen ernannten Dolmetschern, Geometern, Ärzten usw. die volle Kenntnis der tschechischen Sprache, die man sich bekanntermaßen nicht leicht anzueignen vermag, auferlegt, haben Hunderttausenden von Menschen durch Androhung von Straffunktionen und von zivilrechtlichen Verfallsfolgen den Gebrauch der Muttersprache verleidet und erschwert, sie haben die deutschen öffentlichen Angestellten den Torturen der Sprachprüfung ausgesetzt, deutschen Anwälten durch schier unerfüllbaren Sprachbedingungen den Weg zur Karriere verlegt.

Hg. Dr. Kramarz: Mühten wir keine deutschen Prüfungen machen?

Gedj: Nein, nein. Man konnte ruhig im Amte bleiben.

Und jetzt möchte ich mir ein Wort über die Osterbegehrgschrift

erlauben, von der hier die Rede war. Sie wissen, daß die deutsche sozialdemokratische Partei mit der Verantwortung für die Osterbegehrgschrift nicht belastet ist. Diese Osterbegehrgschrift ist überhaupt eine ganz private Sache.

Wir Sozialdemokraten können es uns erlauben, gegen die Sprachenverordnungen in schärfster Weise anzukämpfen, da wir immer, im alten Oesterreich wie auch hier, gegen Deutsche wie gegen Tschechen jedwedes nationale oder sprachliche Vorrecht irgend welcher Nation mit größter Entschiedenheit abgelehnt haben

und es ist dem Herrn Dr. Kramarz auch bekannt, daß wir im Brünner Nationalitätenprogramm, das wir gemeinsam mit den tschechischen Sozialdemokraten ausgearbeitet hat-

mung zu dieser Lösung gegeben hat. Die brasilianische Delegation hat bereits von ihrer Regierung neue Instruktionen erhalten, denen zufolge sie unter bestimmten Bedingungen ihr Veto gegen die Aufnahme Deutschlands widerrufen könnte, auch wenn Brasilien keine sofortige Vertretung im Rate erhielte. Diese Wendung sei dem Einschreiten Chamberlains und Briands zuzuschreiben. Briand habe sich außerdem vor seiner zweiten Abreise nach Genf telegraphisch an den spanischen Ministerpräsidenten Primo de Rivera mit dem Ersuchen gewendet, auf den spanischen Delegierten in Genf in der Richtung eines Kompromisses einzuwirken. Der Widerstand Spaniens scheint übrigens überwunden zu sein, denn sein Veto betraf weder Deutschland noch einen nichtständigen Ratssitz für Polen. Jetzt wartet man noch auf die offizielle Zustimmung Luthers und Strefemanns, und wenn diese erfolgt wäre noch heute abend ein Einvernehmen verwirklicht. Es würde dann wahrscheinlich bereits morgen oder Montag zu der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund kommen.

Ernte Situation.

London, 12. März. (Reuter.) Reuter erfährt, daß in gut informierten Londoner Kreisen die Situation in Genf wegen der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde ungewiss als ernst angesehen wird. Chamberlain bemüht sich aber ständig wegen einer Vermittlung und in britischen Kreisen glaubt man, daß noch ein Ausweg aus der jetzigen Sackgasse gefunden werden könne.

Genf, 12. März. Nach der Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Luther besuchte Staatssekretär des Äußern Chamberlain den französischen Ministerpräsidenten Briand. Sodann fand eine Beratung zwischen den französischen, belgischen, italienischen und englischen Delegierten statt. Nach derselben empfing Briand die Vertreter der internationalen Presse, denen gegenüber er bedauerte, daß sein Vorschlag von Deutschland nicht angenommen wurde.

ten, das Verlangen nach einer Staatsprache verworfen haben.

Aus dieser Tatsache, hohes Haus, schöpfen wir unsere Legitimation zum Kampfe gegen das Sprachenprivileg des tschechischen Volkes.

Und wenn von tschechischer Seite behauptet wird, daß es uns eigentlich nur darum zu tun ist, der tschechischen Bevölkerung, insbesondere der tschechischen Arbeiterschaft die Möglichkeit zu rauben, sich überall im Lande bei Geltendmachung ihres Rechtes ihrer Sprache zu bedienen, so erklären wir diese oder ähnliche Behauptungen für eine glatte Fälschung. Im Gegenteil, wir billigen dieses Recht der tschechischen Bevölkerung und der tschechischen Arbeiterschaft ohne weiteres zu, aber wir verlangen, daß das gleiche Recht im gleichen Ausmaß überall im Lande auch der deutschen Bevölkerung, vor allem der deutschen Arbeiterschaft zugesichert werde. Dieses Recht wird aber Ihrerseits vom tschechoslowakischen Nationalismus, von der tschechischen Regierung, von den tschechischen Koalitionsparteien den deutschen Arbeitern und der deutschen Bevölkerung verweigert, gleichzeitig aber für sich selbst restlos die größten Sicherungen im Gebrauche der tschechischen Sprache in Anspruch genommen. Dagegen aber hat sich bisher außer einem Teil des tschechischen Proletariats, das stellen wir hiermit fest, keine Stimme im tschechischen Lager erhoben und

darin erklären wir den Verfall des demokratischen Geistes innerhalb des tschechischen Volkes.

Und nun ein Wort über die Ausregung,

die die Protestkundgebungen der Minoritäten im tschechischen Lager hervorgerufen haben. Sie gehen mit Keulenhieben auf die Opposition los, sie unterbinden ihr jede politische und parlamentarische Bewegungsmöglichkeit und wenn sich die Opposition zur Abwehr setzt, sind sie entriistet und sprechen von Aufruhr, von Irredenta, von Hochverrat, von Staatsfeindlichkeit oder wie der Herr Innenminister in seinem Exposee gesagt hat, von schweren Angriffen der deutschen Bevölkerung auf den Staat und ähnliches.

Meine Herren, Sie sind intolerant geworden bis zum Exzeß, Sie dulden überhaupt keinen Widerspruch, Sie haben aus Ihrer Geschichte entweder nichts gelernt oder aber schon alles vergessen. (Stürmischer Beifall)

Auch wir haben ein, daß die nationalen Verhältnisse dieses Staates dringend einer Regelung bedürfen.

Aber diese Regelung darf nicht nach altösterreichischem Rezept, nicht nach neuen tschechischen Methoden geschehen, sondern im Wege der Verständigung, nicht etwa bloß zwischen den beiderseitigen Bourgeois, sondern zwischen den beiderseitigen Völkern vor sich gehen und vor allem

auf der Selbstbestimmung der beiden Völker aufgebaut

sein. Nur eine solche Regelung würde dem Volke die notwendige Ruhe und dem Proletariat freie Bahn zu ungehinderter sozialer Arbeit geben.

Alle bisherigen jahrzehntelangen Bemühungen um den Ausgleich mußten naturgemäß scheitern, da sie nur von nationalitätspolitisch-kapitalistischem Geiste besetzt gewesen sind. Sie dienten nur dem Zwecke der kapitalistischen Bourgeoisie, der Aufteilung der Beute innerhalb der beiderseitigen Bourgeoisien und sind mit vollständiger Ausschaltung des Proletariats durchgeführt worden.

In Polen ist in diesem Augenblicke die Sozialdemokratie, die diese ihre Mission in vollem Maße erkannt hat, eben daran, eine Lösung der schwierigen nationalen Verhältnisse durchzuführen. Die polnische Sozialdemokratie hat den Eintritt in der Regierung von der Bestellung eines Untersekretariats zur Vorfrage für die Minderheitenangelegenheiten abhängig gemacht. Sie verlangt, daß dem ukrainischen Teil der Bevölkerung Galiziens die Autonomie gegeben werden soll.

Auch im Kärntner Landtag

regten unsere Kärntner Parteifreunde eine Resolution mit dem slowenischen Teil der Bevölkerung an.

Nur auf unserem Boden geschieht diesbezüglich gar nichts.

Vor einigen Tagen schrieb das Organ der tschechischen Sozialdemokratie wörtlich, daß die Deutschen mit Forderungen kommen müssen. Als ob es in diesem Lande auch nur einen einzigen seriösen Politiker geben würde, der nicht wüßte, was die Deutschen wollen. Im Jahre 1870 im sogenannten böhmischen Fundamentallandtag, haben die Tschechen, als sie in diesem Jahre die Majorität erlangten, Verhandlungen mit den Deutschen eingeleitet und als sich die Verhandlungen zerschlugen, haben die Tschechen nicht etwa darauf gewartet, bis die Deutschen ihre Forderungen auf dem Präsentierteller bringen, sondern haben in Abwesenheit der Deutschen ein Nationalitätengesetz beschlossen, daß auf der vollen Gleichberechtigung beider Völkern

tätig ist. Da sie aber die Absonderung des Landes Böhmen gefordert haben, sind die Deutschen damals dem Gesetze nicht beigetreten. Seither haben bis in den Krieg hinein in einem fort Ausgleichsverhandlungen zwischen den beiden Völkern stattgefunden.

Unser Standpunkt, der Standpunkt der deutschen sozialdemokratischen Partei, der von der Selbstbestimmung ausgeht, wurde im Brünner Programm der Neunzigerjahre, das gemeinsam mit der tschechischen Partei erarbeitet wurde, festgelegt und nach Konstituierung des tschechoslowakischen Staates durch die Beschlüsse von Leptych weiter gebildet.

Die Beschlüsse unseres Leptycher Programms zeigen den einzigen richtigen Weg aus den chaotischen Verhältnissen.

Der von der sozialdemokratischen Partei überreichte Schulautonomieantrag bringt die leitenden Gedanken zur Verständigung auf kulturellem Gebiete. Von der ersten Stunde an, die wir hier verbracht, waren wir bemüht, den Weg zur Zusammenarbeit der Völker in diesem Lande zu suchen und wir haben uns selbst durch die brutale Behandlung, die unser im Jahre 1923 überreichte Antrag erfahren hat, von der Fortsetzung unserer Bemühungen nicht abbringen lassen.

Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft gehen. Gerade die grauenhafte nationalitätspolitische Ueberbühung der derzeitigen politischen Verhältnisse des Landes machen ein rationales und besonnenes Handeln dringend notwendig. Die Verhältnisse verschärfen sich in diesem Augenblicke von Tag zu Tag. Die nationalen Gegensätze spitzen sich immer mehr zu. Beiderseits wird die Situation als unerträglich empfunden. Wie in den heißesten Tagen des alten Oesterreichs ist der staatliche und parlamentarische Apparat völlig ins Stocken geraten. Alle großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen, alle großen Aufgaben müssen immer wieder zurückgestellt werden.

Wenn nicht jetzt gerade in dieser überhitzten Atmosphäre, dann wüßten wir wahrlich nicht, wann der psychologische Augenblick für einen ernsthaften Versuch zur Herbeiführung der Verständigung der Völker dieses Landes gegeben ist. Darum haben wir uns entschlossen, unseren feinerzeitigen Ausgleichsvertrag zu erneuern und einen Antrag einzubringen, in welchem wir die Grundsätze für die Regelung der nationalen Verhältnisse dieses Landes aufstellen und die Einsetzung eines Nationalitätenausausschusses erlangen, dem eine von der Regierung einzubringende Vorlage zur Berichterstattung zu unterbreiten ist.

(Genosse Dr. Czech verliest nun den bereits gestern von uns veröffentlichten Antrag auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses.)

Dieser Antrag wird von uns in den nächsten Tagen überreicht werden. (Dies ist inzwischen schon geschehen. D. Red.) Hoffen wir, daß ihm nicht dasselbe Schicksal beschieden wird, das die Koalition unserem Ausgleichsantrag im Jahre 1923 bereitet hat. Daß durch Durchführung dieser wichtigsten Aufgabe, die wir den beiden Völkern dieses Landes stellen, das jetzige allnationale Regierungssystem und die heutige, durch ihre gewalttätige Minderheitenpolitik kompromittierte Regierung unfähig ist, darüber kann es auch in ernststen tschechischen Kreisen keinen Zweifel geben.

Meine Partei wird für den eingebrachten Mißtrauensantrag stimmen, in der festen Überzeugung, damit der gesamten Bevölkerung dieses Landes ohne Rücksicht auf die Nationalität vor allem aber der Arbeiterklasse aller Nationen einen guten Dienst erwiesen zu haben. (Lebhafte, langanhaltende Beifall bei unseren Genossen, in den auch andere deutsche Abgeordnete einstimmen.)

Die Sprachendebatte im Parlament.

Genosse Bohl über die Karlsbader Vorfälle und über eine neue Provokation der politischen Bezirksverwaltung in Weipert.

Prag, 12. März. Um halb zehn Uhr vormittag setzte das Abgeordnetenhaus die Debatte über den deutsch-tschechischen Sprachvertrag fort. Es wurden von den einzelnen Parteien eine ganze Reihe von Rednern in die Debatte geschickt, so daß sie auch heute noch nicht zu Ende geführt werden konnte, sondern gegen 4 Uhr nachmittags auf nächsten Dienstag vertagt werden mußte.

Kutisch (D. Nat. Soz.) verweist auf den bedenklichen Tiefstand des tschechischen Parlamentarismus, polemisiert gegen die Spitzberichte, die gestern der Innenminister vorlas, und verweist auf die verschiedenen Versuche, welche seine Partei in Gemeinschaft mit anderen zu einer Zusammenarbeit mit den Tschechen auf dem Boden des Parlamentes und des Staates gemacht hätte. Jedesmal seien sie jedoch enttäuscht worden.

Der tschechische Sozialdemokrat Jaska gesteht zu, daß die Sprachenverordnung strittige Punkte enthalte, doch sei die Regelung der Sprachverhältnisse schon unbedingt notwendig gewesen. Er verweist auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens, für das seine Partei immer eingetreten sei. Seine Partei vertrete den Grundgedanken, daß die Freiheit des einen dort beginne, wo die des anderen aufhöre. In den deutschen Reihen gäbe es gewiß Männer, die die Verhältnisse objektiv betrachten, und die solchen von jenen Rundgebungen abdrücken, welche die Bedeutung der deutschen Aktion nicht fördern könnten.

Spina (S. d. L.) weist darauf hin, daß an dem Granitblock der Koalition jede noch so vernünftige Erwägung der Opposition abpralle und jede Kritik der Koalition als gegen den Staat gerichtet betrachtet wird. Der Minderheitenantrag richte sich nur gegen die Regierung, die vor den Staatsgerichtshof gehöre. Die Opposition sei keineswegs staatsfeindlich, aber sie sehe sich durch die Majorität der Gegenseite zu Beschwerden im Ausland gezwungen. In der inneren Politik werde im Zeitalter von Locarno ein zweites St. Germain, das St. Germain der Sprachenverordnung, geschaffen. Es sei sehr unklar, die Erregung eines Millionenvolkes gering zu schätzen.

Es spricht weiters der tschechische Agrarier Stefanek, worauf

Genosse Bohl

sich zunächst mit den bekannten

Vorfällen in Fischen

befähigt, welche die Notwendigkeit des Minderheitenantrages beweisen. Die Erklärung des Innenministers Nofel im Senat sei keineswegs zufriedenstellend, der Vorfall dadurch nicht aufgeklärt. So leichtfertig so grundlos und so ungeschicklich seien wohl kaum jemals in einem Staate staatsgrundgesetzlich gewährleistete Rechte suspendiert worden. Die öffentliche Ruhe und Ordnung in Fischen sei von niemandem als von der Polizei gestört worden, die wehrlose Menschen einfach niederknuppelte.

Ein verrückter Baumeister hat nicht nur die Polizei in Karlsbad, sondern die Staatsverwaltung und scheinbar auch die Mehrheit der Minister um Besinnung und Verstand gebracht. Anders läßt sich dieses Ereignis absolut nicht qualifizieren.

Der Ausnahmezustand wurde aufgehoben, aber die Aufhebung ist fast noch merkwürdiger als die Verhängung. Der Polizeirat erklärt in der Aufkündigungsbuchung ganz unrichtig, daß die Einhaltung von Ruhe und Ordnung ihm „verbürgt“ wurde. Kein Mensch kann darüber Aufklärung geben, von wem dies geschah. In einer riesigen Vertrauensmännerversammlung unserer Partei wurde die Frage gestellt; von unserer Partei hat er keine Würdigung dafür erhalten und von anderer Seite auch nicht.

Genosse Bohl verweist nun in längeren Ausführungen auf die Prager Straßkrawalle vom Jahre 1908 hin und zeigt an Hand dieser Vorfälle auf, wie die Staatshalterei erst nach Wiederholung dieser Straßkrawalle zu schärferen Drohungen schritt, dann Unterhandlungen mit den Parteiführern im Abgeordnetenhaus anknüpfte und erst, als sich diese schlugen, mit der Verhängung des Standrechtes vorging. In Fischen hat dagegen der Polizeikommissar

wegen eines einzigen Steinwurfes den Ausnahmezustand

verhängt. In Großstädten kommt so ein Steinwurf fast täglich vor, da mähren in Wien, Paris, London usw. die staatsbürgerlichen Rechte überhaupt in m e r suspendiert sein.

Wenn von der Regierungsbank aus die Opposition und somit auch wir zur Besinnung gemahnt werden, so möchte ich darauf ruhig und leidenschaftlos antworten. Wir, die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, haben sie nicht einen Augenblick verloren. Ich möchte Sie aber nun an die Äußerungen unseres unvergeßlichen Genossen Adler erinnern, die er im österreichischen Parlament 1908 zur Zeit des Standrechtes in Prag machte. Er sagte:

„Das Standrecht ist wirklich eine einfache Lösung. Es gehört nicht viel Verstand dazu, den Fenster von Wien nach Prag zu rufen. Es ist

nichts anderes als der nackte Bonkerott der alten österreichischen Regierungsmethoden, ein Beweis für die vollständige Unfähigkeit der heute herrschenden Parteien.“

Die Worte, die Adler damals über die österreichische Regierung sprach, die kaum man heute geröstet auf das Regierungssystem dieses Staates anwenden. Betrost kann man den Vergleich anstellen, der Vergleich fällt keineswegs zum Nachteil Oesterreichs aus.

Genosse Bohl zitiert Stellen aus der Unabhängigkeitserklärung vom 18. Oktober 1918 und weist an Hand dieser Stellen nach, wie weit heute die Demokratie in diesem Staate von den dort aufgestellten Richtlinien sich entfernt hat, zeigt die Ungeheuerlichkeit der Verhängung des Ausnahmezustandes auf und setzt fort:

Ich frage mich, wie so es denn möglich ist, daß das ganze tschechische Volk einschließlich der tschechischen Arbeiter und ihrer politischen und parlamentarischen Vertretungen an einer so willkürlichen und mutwilligen Einschränkung der staatsbürgerlich gewährleisteten Rechte so achtlos vorübergeht. Das ist ein Kennzeichen des Tiefstandes unserer Demokratie, das ist aber auch ein Zustand des Tiefstandes unserer politischen Verhältnisse. Wir lassen uns durch ihren Scheinradikalismus, durch ihre Scheinstärke nicht täuschen. Je schwächer Sie werden in der Koalition, um so gewalttätiger müssen Sie gegen die anderen werden. (Zustimmung.) Aber auf Bajonetten kann man nicht dauernd sitzen und mit dem Ausnahmezustand — hat ein Politiker einmal gesagt — kann zwar jeder Esel regieren, aber nicht auf immer, nur für eine vorübergehende Zeit. (Beifall.)

Eine neue Provokation.

Ich erhielt heute vormittag den Bericht, daß die politische Bezirksverwaltung in Weipert unsere für den 16. d. M. ordnungsgemäß angemeldete Volksversammlung verboten hat, mit der Begründung, daß anlässlich der herrschenden Zustände im Lande (Hör! Hör!) die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht verbürgt wäre.

Abg. Heeger: Uns hat man die Versammlung am Sonntag verboten, weil der Präsident Geburtstag hat.

Bohl: Wenn zur Zeit der Tagung des Parlamentes ein derart offensichtlicher Ueberrgriff eines untergeordneten Polizeiober- oder Staatsorganes vorliegt, was macht man? Man wendet sich an den Herrn Minister. Das habe ich vor 20 Minuten getan. Ich habe dem Herrn Minister des Innern Dr. Nofel mitgeteilt: „Das und das ist geschehen, wollen Sie nicht den Fall untersuchen und sich Bericht erstatten lassen, womit das Verbot begründet ist, und eventuell die Aufhebung dieses unbilligen Verbotes bewirken?“

Darauf hat mir Herr Dr. Nofel zur Antwort gegeben: „Nein, der Bezirkshauptmann wird schon gewußt haben, warum er sie verboten hat. Ordnung muß sein im Staate!“

Ich möchte fragen, was im alten Oesterreich ein tschechischer Abgeordneter getan hätte, wenn ihm seitens eines Ministers eine solche provokatorische Antwort in einer so eminent wichtigen politischen Frage erteilt worden wäre!

Sie haben alle Ihre sogenannte demokratische Erziehung vergessen. Kehren Sie zurück zu Ihren demokratischen Traditionen, so lange es nicht zu spät ist. Bauen Sie ab den Satz, versuchen Sie sich hineinzudenken in eine Situation, in der es weder Unterdrückte noch Unterdrücker gibt. Was Sie als Unterdrücker in den letzten Jahren getan haben, dessen ist das Maß voll; die Sprachenverordnung, die Einschränkung der persönlichen Freiheit sind Krankheits Symptome eines Staatswesens und nicht Symptome der Konfolidierung inneren Gesundheits, sondern das Gegenteil davon.

Und wenn Sie Ihre Republik lieben, dann befolgen Sie das Beispiel Ihrer großen Männer im Verhältnis zu den anderen Nationen und zu dem Staate und Sie werden der Republik, die Sie angeblich lieben, den größten Dienst erweisen, wenn Sie für unseren Antrag auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses stimmen, der die nationalen Verhältnisse erträglich regeln soll. Als Vorbedingung schaffen Sie weg diese Regierung, das Werk der Koalition!

(Starker Beifall und Zustimmung.)

Nachdem noch Bukival (Tsch. Nat. Soz.) gesprochen und der slowakische Jurist der Koalition, die gespannt zuhörte, viele unangenehme Wahrheiten über die tschechoslowakische Staatspraxis in der Slowakei gesagt hatte, konnte gegen Schluß der heutigen Debatte der kommunist Stern nicht umhin, seine Rede mit Ausfällen gegen unsere Partei und namentlich deren Führer nur so zu spiden.

Nächste Sitzung Dienstag, den 16. März um halb zwei Uhr nachmittags. In dieser Sitzung wird es zur namentlichen Abstimmung über den Minderheitenantrag kommen.

Telegramme.

Wieder ein ungarisches Schandurteil.

Budapest, 12. März. (M.T.Z.) Der Budapestest Gerichtshof hat den sozialdemokratischen Abg. Bancfal, gegen den als verantwortl. Redakteur der „Nepjawa“ zahlreiche Strafprozesse wegen „Vergehens gegen das Ansehen der Nation“ angestellt worden sind, zu einem Monat Gefängnis, Amtsverlust und Verlust der politischen Rechte für die Dauer von drei Jahren verurteilt. Die königliche Kurie hat das Urteil bestätigt, wodurch es in Rechtskraft erwächst. Bancfal verliert sohin sein Mandat für die Nationalversammlung. An seine Stelle tritt der sozialdemokratische Kandidat Gabriel Porowik.

Die Untersuchung wegen der Fälschungen tschechischer Banknoten.

Budapest, 12. März. Die Wiener Polizei hat im Jahre 1922 die Untersuchung nach den Urhebern der Fälschungen tschechischer 500-Kronenbanknoten eingeleitet und Ende des Jahres dieselbe wieder eingestellt. Ende 1922 kamen neuerdings 500-Kronenbanknoten in Umlauf und die Spuren führten damals nach Budapest. Infolgedessen sandte die tschechische Gesandtschaft in Budapest im Auftrage ihrer Regierung am 22. Dezember 1922 an das ungarische Außenministerium eine Verbalnote, in welcher mitgeteilt wurde, daß der Gesandtschaft bekannt sei, daß sich in Budapest eine Bande gebildet habe, deren Zweck die Herstellung und Verbreitung gefälschter tschechoslowakischer Banknoten ist. Die Note forderte die Einleitung eines entsprechenden Verfahrens. Gleichzeitig mit dieser Note kündigte die tschechoslowakische Gesandtschaft eine zweite Note an, in der detaillierte Angaben über die Nennung einer verdächtigen Person angeführt waren. Das ungarische Außenministerium verständigte nach Erhalt der ersten Note die tschechoslowakische Gesandtschaft, daß es diese Note den kompetenten Behörden abgetreten habe, damit sie eine Untersuchung einleiten könnten. Die tschechoslowakische Gesandtschaft interessierte sich für das Schicksal dieser Note und erhielt auf eine diesbezügliche Anfrage im Februar 1926 eine Antwort der ungarischen Regierung, die besagte, daß die Untersuchung von der Budapestest Staatsanwaltschaft schon im März 1923 wegen Mangels an Beweisen eingestellt wurde. Daraufhin zeigte die tschechische Gesandtschaft in Budapest die Angelegenheit dem Bankamt des Finanzministeriums in Prag als der geschädigten Partei an, das sich wiederum durch Vermittlung des Budapestest Advokaten Dr. Ignaz Friedmann an die Staatsanwaltschaft in Budapest mit dem Ersuchen um Einhandigung des Bescheides wandte, durch den die Untersuchung eingestellt wurde. Gegen diesen Bescheid brachten sodann die tschechoslowakische Gesandtschaft und das Bankamt des Finanzministeriums die Berufung an die Budapestest Oberstaatsanwaltschaft ein. Diese gab der Berufung im vollen Umfange statt und ordnete mit Erlaß vom 9. März 1926 die Vervollständigung der Untersuchung an. Von dieser Entschlieung machte der Vorstand der Budapestest Staatsanwaltschaft Dr. Szirache dem Advokaten Dr. Friedmann Mitteilung.

Bethlen wird geschritten.

Wien, 12. März. (Eigenbericht.) Die „Neue Züricher Zeitung“ berichtet über die heutige Sitzung des Finanzkomitees, in welchem die finanzielle Lage Oesterreichs und Ungarns verhandelt wurde. An erster Stelle stand die Finanzkontrolle des Völkerbundes über Ungarn. Obwohl Graf Bethlen zu dieser Sitzung keine Einladung erhalten hatte, erschien er trotzdem, wurde jedoch während der ganzen Verhandlung nicht befragt. Bei den Besprechungen über Oesterreich wurde dagegen der Bundeskanzler gemeinsam mit dem Völkerbundsekretär Zimmermann beigezogen. Graf Bethlen, dem die Mehrzahl der Delegierten nicht die Hand gereicht hatte, verließ gleich die Sitzung und war zu keinerlei Auskünften zu bewegen.

Demarche Spaniens in Stockholm

Stockholm, 12. März. (M.T.Z.) In Hinblick auf den schwedischen Standpunkt in der Frage der Vermehrung der Zahl der ständigen Mitgliedsstaaten Spaniens eine Demarche in Stockholm, indem es auf die drohenden Folgen hinweist, welche die Stellungnahme Schwedens auf die tschechisch-spanischen Handelsbeziehungen ausüben könnten. Diese Demarche wurde mit einem schweren Protest in Madrid beantwortet, in dem der prinzipielle Standpunkt der schwedischen Regierung mit Nachdruck betont wird. Die gesamte schwedische Presse spricht über die inspanische Demarche ihre Enttäuschung aus. Der „Socialdemokrat“, das Organ der Regierungspartei, schreibt: Die spanische Demarche hat ihren Ursprung entschieden im mangelnden Verständnis für die schwedische Mentalität. Der schwedische Standpunkt ist keineswegs vom Interesse für die Handelsbeziehungen diktiert, seine Grundlage ist prinzipieller Natur. Dies ist aber auch die Meinung der ganzen Nation hinsichtlich der offenkundigen Pflichten des Staates gegenüber dem Völkerbund und seiner Zukunft. Der Standpunkt Schwedens kann durch keine Drohungen beeinflusst oder abgeändert werden. Schweden kann nicht über Fragen partieren, die für die Zukunft der internationalen Gerechtigkeit lebenswichtig sind.

Starke Bewegung für den deutschen Volksentscheid.

Berlin, 12. März. (Eigenbericht.) Das überaus starke Interesse der Bevölkerung an dem Volksentscheid hält unermindert an. Bis zum heutigen Donnerstag wurden insgesamt in Berlin 725.000 Stimmen für das Entschieden abgegeben. Auch aus dem Reich werden günstige Ergebnisse gemeldet. Bisher betragen die Eintragungen in den Städten, soweit die Zahlen jetzt vorliegen, etwa 15 Prozent der Zahl der Wahlberechtigten und an 50 Prozent der Zahl der Sozialdemokraten und Kommunisten der beiden letzten Reichstagswahlen. Die letzte Eintragungsfrist, in die noch ein Sonntag fällt, wird zweifellos noch eine starke Erhöhung der Einzeichnungen bringen, so daß die für das Volksbegehren notwendigen 10 Prozent der Wahlberechtigten weit überschritten werden dürften.

Ein trefflicher sozialdemokratischer Antrag angenommen.

Berlin, 12. März. (Eigenbericht.) Bei der heutigen zweiten Lesung des von den Regierungsparteien eingebrachten Fürstentkompromisses im Rechtsausschusse wurde auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, von den zuständigen Finanzämtern die Selbsteinschätzungen der früheren Fürsten zum Wehrbeitrag einzufordern. Dieser Wehrbeitrag wurde kurz vor dem Kriege von den Vermögenssteuerverpflichtigten erhoben, aus ihnen wurde ein Teil der Kriegsausgaben der wilhelminischen Zeit gedeckt. Es wird sich nunmehr zeigen, wie die damaligen Fürsten ihr Privatvermögen einschätzten und in welchem Verhältnis ihre damaligen Angaben über ihr Vermögen zu ihren heutigen Forderungen stehen.

Stinnes und die schwarze Reichswehr.

Berlin, 12. März. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Fachausschusses des preussischen Landtages mußte der frühere Stinnesdirektor Laux, der bis Ende 1923 ein Unternehmen in Rüsting geleitet hatte, zugeben, daß er fortlaufend die schwarze Reichswehr aus Mitteln Stinnes' unterstützt habe. Die Gelder sind meist an den Femeinörder Leutnant Schulz gesandt worden. Ein Zeuge, gleichfalls aus den Stinneswerken in Rüsting, Leiter der Sicherheitswache, sagt aus, daß in der schwarzen Reichswehr straffe Disziplin geherrscht habe. Wer als Verräter erkannt wurde, wurde „abgeschrieben“, d. h. einfach beseitigt.

Ramenew demissioniert?

Lemberg, 12. März. Die hiesige „Gazeta Poranni“ meldet aus Moskau, daß zwischen Dzierzinski und Ramenew ein scharfer Konflikt wegen Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung ausgebrochen ist. Im Zusammenhang damit kursieren herrnäckig Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt Ramenews von der Stelle des Volkskommissars für den Handel.

Zwei japanische Kriegsschiffe in chinesischem Feuer.

Peking, 12. März. (Neuter.) Zwei japanische Torpedobootzerstörer, die versuchten, auf dem Baikofluß stromaufwärts nach Tientsin zu fahren, wurden von der Festung Taku aus bombardiert. Zwei Matrosen und ein Offizier der japanischen Armee sowie ein japanischer Pilot wurden getötet. Die Kommandanten der Torpedobootzerstörer beschlossen, ihren Versuch aufzugeben und nach Taku zurückzukehren. Aus der Nachricht geht nicht hervor, ob sie das Feuer aus der Festung erwiderten.

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, den 13. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 18: Deutsche Sendung, Dr. Rouska: Neues aus der Welt der Völkerei; 20.02: Aus „Radi“; 21: Heiterer Vortragabend; 22: Musik aus dem Restaurant Elner. — Brunn, 19: Tongmusik; 20.10: „Wie mache ich ihn eifersüchtig?“ — London, 18: Funfstett. — Paris, 21.30: Solofonort. — Berlin, 20.30: „Ein Abend im Variet“ — Leipzig, 20.15: Symphoniekonzert. — Breslau, 20.10: Berliner Abend. — München, 20: Bunter Abend. — Frankfurt, 20.15: Stolpe-Abend. — Wien, 20: Oesterr. Komponisten-Abend. — Zürich, 20.30: Tonabend.

Programm für morgen, den 14. d. M.

Prag, 10.30: Orgelkonzert; 17: Konzert; 18: Deutsche Sendung, Frau Klara Kwartin: Arien; 19: „Boheme“ (aus dem tsch. Nationalth.). — Brunn, 10: Minnie; 19: Konzert. — London, 22.15: Konzert. — Paris, 21.45: Radiojazz. — Berlin, 21: Klavierkonzert. — Stuttgart, 20: Aus palerter Zeit. — Leipzig, 20.15: Moderne Klaviermusik. — Breslau, 20.10: Wiener Abend. — München, 20.45: Konzert. — Frankfurt, 21.30: Konzert. — Wien, 20: „Der Zerrissene“. — Zürich, 20.15: Konzert.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Ein Wort an die tschechischen Arbeiter.

Was die deutsche Sozialdemokratie vor zwanzig Jahren zur Sprachenfrage sagte!

Die Sprachenverordnungen sind unter Mitverantwortung der tschechischen Sozialdemokraten erschienen, denn diese sitzen in der Regierung, die dieses Monstrum gebirgt, und vertreten dort einen großen und den sozialistisch am meisten bewußten Teil der tschechischen Arbeiterschaft. Uebrigens hat ja auch einer der drei tschechisch-sozialdemokratischen Minister diese Durchführungsverordnung mitunterzeichnet, was allein schon Anlaß genug wäre, die Sprachenfrage wieder einmal vom absolut international-sozialistischen Standpunkt zu untersuchen, wobei sich zeigen müßte, daß dieser Standpunkt zugleich auch der Interessenstandpunkt der tschechischen Arbeiter wäre und daß es eine sehr kurzfristige Politik machen hieße, wenn die tschechische Sozialdemokratie auch in dieser Frage die herrennationalen Interessen des tschechischen Bürgertums, die zugleich höchstens mit Augenblicksinteressen des tschechischen Proletariats sich decken können, zur Grundlage ihrer nationalen Politik machten. Für heute wollen wir uns aber damit begnügen, der tschechischen Sozialdemokratie an einem Beispiel vor Augen zu führen, wie deutsche Sozialdemokraten im Nationalitätenstaat des alten Oesterreich zur Sprachenfrage sich stellten und wie sie dieses nationale Problem im besten internationalen Sinne zu lösen trachteten.

In seinem berühmten Buche „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, das im Jahre 1907 erschienen ist, hat Genosse Otto Bauer im Anschluß die Besprechung einiger anderer Teilsfragen des nationalen Problems über die Sprachenfrage folgenden geäußert:

„Ganz ähnlich ist auch die Stellung der Arbeiterklasse in der Sprachenfrage bestimmt. Der deutsche Bourgeois, die Eliten der seßhaften Kleinbürger in den deutschen Gemeinden haben nichts dagegen einzuwenden, wenn dem tschechischen Arbeiter vor den Behörden nicht sein Recht wird. Die deutsche Intelligenz sieht in der tschechischen Amtssprache die Gefahr wachsender Konkurrenz. Dagegen hat der deutsche Arbeiter ein Interesse daran, daß der tschechische Arbeiter nicht hilflos den staatlichen Behörden gegenüberstehe. Je selbstbewußter der Arbeiter den Organen der Staatsgewalt gegenüberzutreten vermag, je mutiger er sein Recht selbst vertreten kann, desto höher steigt sein Bewußtsein persönlicher Würde, desto mutiger wird er auch im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe den Großen und Mächtigen unserer Gesellschaft gegenüberstehen, desto willkommener ist er den deutschen Arbeitern als Bundesgenosse im Klassenkampfe. Daher muß die deutsche Arbeiterschaft, sobald sie ihr Interesse klar erkennt, wünschen, daß die kulturellen und sprachlichen Bedürfnisse aller andern Nationen befriedigt werden. Und was für die deutschen Arbeiter gilt, gilt auch für die Proletarier anderer Nationen. Daraus ergibt sich die Forderung der Arbeiterklasse aller Nationen nach einer solchen Regelung der nationalen Verhältnisse, daß jeder Nation die Möglichkeit fortschreitender Kulturentwicklung und den Arbeitern aller Nationen Anteil an der nationalen Kultur gesichert wird.“

Heute erscheint es verständlich, wenn der tschechische Bourgeois die Eliten der tschechischen Kleinbürger dem deutschen Arbeiter auch das Recht auf seine Sprache zu beschneiden trachten. Was aber ist mit der tschechischen Sozialdemokratie? Sie hat als Partei bisher noch nicht die Kraft gefunden, einen ablehnenden Standpunkt zu dem Sprachenunrecht zu beziehen, das vor allem der deutschen Arbeiterschaft angetan wurde. Wohl haben zwei von den tschechischen sozialdemokratischen Ministern ihre Unterschriften nicht unter das Sprachendiktat gesetzt, wohl werden aus den Reihen der tschechischen Sozialdemokraten schon einzelne Stimmen gegen diesen Gewaltakt laut. Wo aber ist ein Wort der Partei oder eines ersten Parteiführers, das sich dem Bauers an die Seite stellen ließe? Noch zeigt sich dort im allgemeinen kein Widerspruch gegen die offene Tendenz der Sprachenverordnung, daß der deutsche Arbeiter „den staatlichen Behörden und Richtern hilflos gegenübersteht“. Noch zeigt sich in der Stellung der tschechischen Gesamtpartei keine Spur eines Erkenntnisses der Bedeutung dessen, daß freier Gebrauch der eigenen Sprache Selbstbewußtsein und Würde des Arbeiters bei seinem Auftreten vor den Behörden steigert und daß der deutsche Arbeiter, je größeren Rechts, desto willkommener Bundesgenosse des tschechischen Arbeiters sei. Und doch ist es so, daß es nicht nur im Interesse des deutschen, sondern auch der tschechischen, wie denn des Arbeiters überhaupt liegt, daß den Deutschen wie allen Nationen alle Möglichkeiten des Kulturfortschritts, den Arbeitern aller Nationen der Anteil an der Kultur des eigenen Volkes gesichert werde — und daß es eben den Kulturfortschritt des deutschen Arbeiters und den Aufstieg der Gesamtarbeiterschaft und den Aufstieg der Gesamtarbeiterschaft unterbinden heißt, wenn man, von den Schul- und Herrungen gar nicht zu reden, die Freiheit und Entwicklung seiner Sprache beschneidet.

Die Sätze Otto Bauers, die ja nur in der ihm eigenen Klarheit zum Ausdruck brachten, was wie vor zwanzig Jahren so auch heute beste Erkenntnis aller internationalen Sozialdemokraten ist, geben uns, und nur uns (zum Unterschied

von den Deutschbürgerlichen, die erst jetzt gleiches nationales Recht fordern), die moralische Berechtigung und die historische Legitimation, auch für die sprachliche Selbstbestimmung der deutschen Nation und des deutschen Proletariats in der Tschechoslowakei zu kämpfen. Und gekämpft muß werden, denn die tschechischen Sozialdemokraten, die diesen Staat mitstiften und mitregieren, haben noch keinen Augenblick die nationalpolitischen Forderungen aufgestellt, die Otto Bauer in seinem Buche aus dem Jahre 1907 also formulierte:

„Eine Verfassung, die jeder Nation die Macht gibt, ihre Kultur zu entwickeln; eine Verfassung, die keine Nation dazu zwingt, sich diese Macht erst im Kampfe um die staatliche Gewalt immer wieder zu erobern und zu behaupten; eine Verfassung, die die Macht keiner Nation auf die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit läßt — das sind die nationalpolitischen Forderungen des Proletariats.“

Wir wünschen uns, daß man in der tschechischen Sozialdemokratie bald einmal damit begänne, Otto Bauer zu lesen!

Inland.

Ein lehenswerter Innenminister.

Die Tschechoslowakei verfügt derzeit über einen Innenminister, der in ganz Europa kaum seinesgleichen haben dürfte. Herr Dr. Nosek — das ist ein demokratischer Patenkel, der, wenn er nicht just ein Schwarzger war, selbst unter Mussolini die erste Beige spielen könnte. Eben hat er sich wieder ein Stücklein geleistet, das beweist, daß die tschechische Verschönerung bereits ihrem Höhepunkt zustrebt: unser Genosse Vohl — man siehe seine in dieser Nummer abgedruckte Rede in der letzten Parlamentsitzung —, intervenierte beim Innenminister wegen des Verbots einer Vollversammlung in Weper. Und erhielt von ihm den bündigen Bescheid: „Der Herr Bezirkshauptmann wird schon gewußt haben, warum er sie verboten hat.“ Bürger anderer Länder, mit nicht so ausgeprägter Demokratie wie der unseren, werden es wahrscheinlich nicht glauben wollen, daß ein Minister die Anfrage eines Abgeordneten so zu „erledigen“ sich erdreisten könnte. Und wir zweifeln daran, daß jemals ein l. l. Minister einem intervenierenden Parlamentarier ähnlichen Bescheid gab. Anstatt daß dieser kostbare Nosek unterm Genossen gefogt hätte, er werde bei der Bezirkshauptmannschaft Erläuterungen einziehen, rechtfertigt und verteidigt er im Vorhinein das Verbot des Bezirksparlaments, im selbstverständlichen Verlaß darauf, daß dieser Bürokrat schon das Richtige getroffen haben dürfte! Solch ministerielles Vorgehen ist einfach unerhört und gibt einen Begriff davon, von welchen Gesichtspunkten aus der famose Nosek sein Amt zu verwalten gedenkt. Etwa so wie der Direktor einer Straf-anstalt unschuldesten Stills. Wenn zu dem eine Beschwerde über das Verhalten eines Aufsehers gelangt, so dürfte er wahrscheinlich ähnlich reagieren wie der Herr Innenminister. Nur muß diesem ganz gründlich gesagt werden, daß wir uns gegen solche Straßhausmethoden aber schon sehr kräftig zur Wehr setzen werden. Wenn der Innenminister vorweg alles billigt, was die ihm unterordneten Beamten tun, dann finden wir ihn selber eigentlich recht überflüssig. Dann wird man bei ihm natürlich niemals mehr intervenieren oder Beschwerde führen, und die Arbeiter werden sich ihr Recht selber sicherstellen müssen. Wie das dann im einzelnen Falle ausfallen dürfte, können wir dem Herrn Dr. Nosek, dem Ordnungsbefehlenden, der sich auf seine Bezirksordnung toischer verläßt, nicht genau voraussagen. Vielleicht bestimmt er sich aber doch noch eines Besseren und legt sich andere Manieren bei, damit man ihn wenigstens als scheindemokratischen Minister betrachten kann.

Neuraths Erzählungen.

Herr Neurath aus Reichenberg hat in der Moskauer Exekutivsituation einen Vortrag über die politische Lage in der Tschechoslowakei gehalten und dabei natürlich die Wahrheit und nichts als die Wahrheit gesprochen. Uns kann's recht sein, wenn sich die Moskauer von Herrn Neurath anplauschen lassen. Aber festhalten müssen wir, was er im Zusammenhang mit dem „von der tschechischen Bourgeoisie angestrebten nationalen Ausgleich“ über die Haltung der proletarischen Parteien zum Selbstbestimmungsrecht sagte. Laut dem Bericht im Reichenberger „Vorwärts“ erzählte Neurath, daß infolge des nationalen Ausgleichs, den Neurath also schon fix und fertig sieht,

„große Schichten des Kleinbürgertums und der national beeinflussten Arbeiter der nationalen Minderheiten sind nunmehr davon überzeugt, daß alle bürgerlichen Parteien und die beiden sozialdemokratischen Sektionen den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht preisgegeben haben, und daß die APO die einzige Partei in der Tschechoslowakei ist, die im engsten Bunde mit dem tschechischen klassenbewußten Proletariat den Kampf für die Interessen der nationalen Minderheiten entschlossen weiterführt.“

Herr Neurath ist es natürlich nicht eingefallen, für diese Behauptung, die der „Vorwärts“ im Feinddruck wiedergibt, irgendwie einen Beweis anzutreten. Begreiflich. Unwahres kann selbst er nicht beweisen. Die kommunistischen deutschen Arbeiter aber, die Neuraths Erzählungen lesen, werden wohl wissen, daß die deutsche So-

zialdemokratie den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht niemals aufgegeben hat, und sie werden sich erinnern, daß die kommunistische Liebe für die nationalen Minderheiten noch sehr jungen Datums ist und sich insbesondere in der Tschechoslowakei bisher nur in gelegentlichen Phrasen geäußert hat. Bis vor kurzem war es kommunistischer Programmpunkt, die Lösung der nationalen Frage auf die Zeit nach der Verwirklichung des Sozialismus zu verlagern. Uns klingen auch noch die Sätze Kreibichs in den Ohren, der den Sudetendeutschen das Recht auf Selbstbestimmung aus „revolutionären“ Gründen einfach abspach. Diesen Standpunkt hat die kommunistische Partei jetzt in ihrer Theorie ein wenig revidiert. Es gehört aber eine tüchtige Portion Unverfrorenheit dazu, wenn Neurath die Dinge jetzt geradezu ins Gegenteil umdichtet und die Wahrheit auf den Kopf stellt.

Sehr ernst wird man diesen Neurath aber wohl nicht einmal in Moskau nehmen. Denn eingangs seiner Rede brüstete er sich damit, daß die APO „den rechten Parteiflügel geschlagen und die liquidatorischen Elemente in der Partei vernichtet hat“, eine Viertelstunde später aber berichtete er von „rechten Elementen“, die sich in der APO wieder bemerkbar machen und „ihren alten Einfluß galvanisieren“ wollen. Also wobei bleibt's?

Der brave Viktor Stern und die böse Sozialdemokratie.

In der parlamentarischen Debatte über den Mißtrauensantrag der Opposition hat es Herr Viktor Stern für notwendig gefunden, die kommunistischen Auffassungen von der Einheitsfront des Proletariats recht plastisch vorzubemerkieren. Er sang natürlich das alte Lied, so daß es sich nicht lohnt, mehr als einige Zeilen an seine Darbietungen zu verschwenden. Er machte sich über den Ausschussantrag unserer Genossen lustig, den der kommunistische Klub mit uferigen beschlossen hat und erging sich in heftigen Angriffen auf die deutschen sozialdemokratischen Führer, weil sie auf den jüngsten Einheitsfrontschwandel der Kommunisten nicht einbezogen sind. Wie die Kommunisten den gemeinsamen Kampf der proletarischen Parteien aufzufassen, konnte man gerade aus Sterns Rede entnehmen, die sich weit mehr gegen die deutschen Sozialdemokraten, als gegen das angeblich nur von den Kommunisten ermittelte belästigte Regierungssystem richtete. Es zeigt sich aber auch in den außerparlamentarischen Aktionen der Kommunisten, wie z. B. in der Aktion gegen die Steuerabgabe, welche die Kommunisten zu einer demagogischen Fece gegen die freien Gewerkschaften ausnützen, während ihre eigenen Gewerkschaftssekretäre die im „Vorwärts“ und in Versammlungen so leidenschaftlich bekämpften Abkommen mit der Steuerbehörde selber obliegen.

Solange die Kommunisten nicht begreifen, daß durch solche Manöver nur die Gegensätze zwischen den proletarischen Parteien vertieft werden, und zwar nicht nur bei den Führern, sondern gerade bei den Arbeitern, die mehr Parteitreue haben, als Herr Viktor Stern je bewiesen hat; solange der Ruf nach der proletarischen Einheit nur eine verlogene Parole im proletarischen Bruderkampfe bleibt, werden die Revolutionäre vom Schlage Viktor Stern zwar ihre Reihorensigkeit befrachten können, aber die Einheit des Proletariats gerade dadurch verhindern.

Die Explosion in der Zischnergasse.

Abgeordneter Genosse Heeger hat an den Minister für nationale Verteidigung wegen des freitägigen Explosionsunglücks folgende dringliche Interpellation gerichtet:

Am 5. März in den Mittagsstunden wurde Prag der Schauspiel einer furchtbaren Katastrophe, die zwei Menschenleben kostete, viele andere gefährdete und einen großen Sachschaden verursachte. Für dieses entsetzliche Unglück muß die Militärverwaltung respektive deren Organe verantwortlich gemacht werden, die ohne Beachtung der gesetzlichen Vorschriften bei Munitionstransporten es zuließ, daß Granaten, die zu den leicht entzündbarsten Geschossen gehören, in ungefederten, für den Transport ungenügenden Wagen, ohne jede Sicherung, mitten durch die belebtesten Straßen der Stadt befördert werden konnten.

Die Befertigten stellen daher die Anfrage: Was denkt der Herr Minister für nationale Verteidigung zu tun, um solche Transporte in Zukunft zu verhindern? Ist er geneigt, zu veranlassen, daß die Belieferung der mitten im Stadtbild gelegenen Kasernen mit dem gefährlichen Granaten unterläßt wird, ist er weiters geneigt, zu veranlassen, daß eine strenge Untersuchung des Sachverhaltes eingeleitet, die an dem Unglück Betroffenen schuldig gehalten werden?

Der parlamentarische Arbeitsplan.

Prag, 12. März. Der Dienstagsitzung des Parlamentes werden nach der Abstimmung über den Mißtrauensantrag noch einige Vorlagen zur Beratung vorgelegt werden, welche in der letzten Zeit von den verschiedenen Ausschüssen erledigt wurden. Dazu gehört der polnisch-tschechische Liquidierungsvertrag, der das Minderheitsabkommen mit Polen einschließt, und der Römische sowie der Wiener Vertrag. Außerdem wird der Antrag des Senats betreffend das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, der beinahe ausschließlich vom verfassungsmäßigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses einer teilweisen Um-

Ein neuer Kapitalistenführer.



Der bisherige deutsche Regierungspräsident Brauweiler ist der neue leitende Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Nachfolger Dr. Täuzlers.

arbeitung unterzogen wurde, demnächst zur Verhandlung kommen.

Bisher steht noch immer nicht fest, ob im Abgeordnetenhaus eine Debatte über die Explosionskatastrophe in der Prager Zischnergasse abgeführt werden wird. Auch hiezu hat unser Klub eine Interpellation überreicht, die wir an anderer Stelle bringen. Es wird in Koalitionskreisen der Plan erwogen, die Debatte darüber in den Wehrausschuss zu verlegen. Das Haus wird Mittwoch durch ein Handschreiben des Präsidenten geschlossen und entweder noch für Ende dieser Woche oder erst für den 24. März zur Frühjahrsagung einberufen werden. Der weitere Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen hängt von dem Fortgang der Koalitionsberatungen ab; die „Dvanacita“ arbeitet in Permanenz, um die Schwierigkeiten, die insbesondere bei der Staatsangestelltenvorlage mit jedem Tage sich häufen, zu bereinigen. Gelingt dies und vermag der sozialpolitische Ausschuss seine Arbeiten rechtzeitig zu beenden, so soll der Zeitraum vom 24. bis 27. März der Verabschiedung der Staatsangestelltenvorlage gewidmet sein. Nach dem heutigen Stand der Dinge ist es jedoch ziemlich unwahrscheinlich, daß alles so programmäßig, wie eben angedeutet, verläuft, da sich die Differenzen in der Koalition eher verschärfen als mildern.

Am 28. März soll das Haus in die Osterferien gehen und seine Tätigkeit gegen den 20. April neuerdings aufnehmen.

Kommunistische Verleumder beurteilt. Folgende Verhandlung gibt Zeugnis von einer gewissenlosen kommunistischen Verleumdungskampagne gegen die Genossen Abg. Heeger und Szeschulka. Anlässlich der Betriebsauswahloahlen bei der Firma Salzer in Wagstadt haben die Kommunisten ein Flugblatt herausgegeben, in welchem die Genossen Abg. Heeger und Szeschulka als Vertreter des Int. Metallarbeiterverbandes grollich angegeißelt und unäuerer Manipulationen bei den Lohnverhandlungen beschuldigt wurden. Die beiden Genossen klagten daraufhin den Obmann der kommunist. Ortsgruppe Rich. Stanofsky und den Kassier Friedrich Schreiber. Schreiber hat sich als Verfasser der Flugblätter, die er jedoch nach Angabe eines früheren kommunistischen Betriebsrates verfaßt haben will, bekannt. Bei der am 26. Jänner d. J. vor einem Senat des Troppaner Landesgerichtes stattgefundenen Verhandlung konnte ein Ausgleich nicht erzielt werden, da sich die Angeklagten nur zu einer lendenlahmen Erklärung verstanden, welche sie oberdrein in nur ihnen genehmen Zeitungen veröffentlichten wollten. Die Gerichtskosten, die nicht unbeträchtlich sind, sollten sich die Genossen Heeger und Szeschulka selbst bezahlen. — Die zweite Verhandlung fand nun am 9. März statt. Zu ihr war auch der Drudereibesitzer Koch aus Drau, bei dem das Flugblatt hergestellt wurde, geladen. Die Angeklagten boten bei der Verhandlung ein Bild der Jämmerlichkeit. Sie gebrauchten die unmöglichsten Ausreden, nur um die Folgen ihrer Verleumdungssucht nicht tragen zu müssen. Dabei widersprechen sie sich derart, daß sie ihrer ohnehin auf schwachen Beinen stehenden Sache nur noch mehr schaden. Der Vertreter der Angeklagten wußte eigentlich nichts richtiges zur Entlastung der Weiden anzuführen. Nach einer mehr als zweistündigen Verhandlungsdauer zog sich dann der Gerichtshof zur Beratung zurück. Das Urteil lautete: Richard Stanofsky und Friedrich Schreiber sind des ihnen zur Last gelegten Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre schuldig. Stanofsky wird zu 14 Tagen Arrest, verschärft durch einen Fasttag wöchentlich, bedingt auf zwei Jahre, Schreiber zu drei Wochen Arrest, verschärft mit einem Fasttag wöchentlich unbedingt verurteilt. Die Kosten des Verfahrens haben die beiden Angeklagten, die Ortsgruppe Wagstadt des Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes und der Drudereibesitzer Koch zu tragen.

Niesenbrand in Brody.

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch brach in der Stadt Brody ein Niesenbrand aus, der einen großen Teil des Stadtkerns vernichtete. Nach mehrstündiger Rettungsarbeit, an der zahlreiche Militärabteilungen teilnahmen, gelang es, den Brand zu lokalisieren und die Stadt vor der gänzlichen Vernichtung zu retten. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Tagesneuigkeiten.

Du sollst nicht fehlen!

Der Bischof von Passau, haba und hibi, der legt jeden Morgen ein Ei. Also heißt's in einem bekannten scherzhaften Gedicht über einen etwas logenhaften Passauer Prälaten. Natürlich hat jener gemeinte geistliche Herr in Wirklichkeit niemals ein Ei gelegt, nur einen lässlichen Einfall hatte er — und das scheint sich in der Reihe der Passauer Bischöfe zu vererben. Denn eben hören wir von einem solchen, dem derzeit amtierenden, daß er ein ganz ausgezeichnetes und lebenswertes Ei gelegt hat, mitten hinein in den Streit um die Fürstenabfindung in Deutschland. Selbiger Bischof, Sigismund Felix heißt der Glückliche, tat nämlich seinen Schafen folgendes kund und zu wissen:

„Als berufener Hüter der göttlichen Sittengesetze obliegt mir die Pflicht, mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß in der Beteiligung an diesem Volksbegehren eine Verurteilung, und zwar, wenn die Beteiligung eine überlegte und absichtliche ist, eine schwere Verurteilung gegen das siebente Gebot Gottes gelegen ist. Kraft meiner bischöflichen Autorität untersehe ich deshalb ausdrücklich jede Beteiligung an diesem Volksbegehren.“

Der Bischof von Passau, haba und hibi, dies Ei war, scheint uns, doch schlecht gelegt. Denn mit ihm wird die große Volksbewegung in Deutschland gegen die dreizehnte Fürstenbegehren nicht um ein Jota verkleinert werden und die bischöfliche Kundmachung wird daher nur die Wirkung haben, daß man sich auch in Kreisen sogenannter christlicher Arbeiter über das ständige Zusammenwirken zwischen Klerikalismus und Monarchismus klarer werden wird. Der Herr Bischof zittert ja auch nicht nur aus angstanthamer Liebe zu den katholischen ehemaligen Herrscherhäusern um deren „Eigentum“, sondern er fürchtet, mit Recht, daß das Volk einmal ganz ähnlich auch mit dem Eigentum der Kirchenfürsten umgehen wird. Also aus doppeltem Grunde diese Verurteilung auf das siebente Gebot. Wir wollen aber einmal recht gläubig sein und das siebente Gebot respektieren: nämlich gestohlen von Leib und Gut des Volkes haben Jahrhunderte lang eben diese Fürsten, und drum ist's jetzt, auch nach Gottes Gebot, nur recht und billig, wenn sie das fremde Eigentum, nämlich das des Volkes, zurückerhalten. Darum ist's ein ganz verkehrter Einfall des Sigismund Felix, wenn er nun mit dem alt- und neuentamentarischen „Du sollst nicht fehlen!“ den Diebstahl verteidigt. Mit welchem Nutzen, wird die Zukunft lehren.

Arbeiterschulung in Amsterdam. Am 26. März beginnt im Sicherheitsmuseum in Amsterdam ein großer Arbeiterschulungs- und Sicherheitskongress. Am ersten Tage soll der Schutz in Landwirtschaft und Industrie, auf Straßen und Plätzen in der Stadt und auf dem Lande behandelt werden. Der nächste Tag gilt der Erörterung der Fragen des Schutzes bei Beleuchtung und Heizung und des Verhältnisses der Schutzfragen zu den Unterrichtsfragen.

Selbsthilfe deutscher Schulkinder in Südslawien. Eine bezeichnende Begebenheit läßt sich das Neujahr „Deutsche Volksblatt“ aus dem rein deutschen Gottscheer Waldorf Stockendorf berichten. Die slowenische Lehrerin des Dorfes verbot den deutschen Kindern den Gebrauch ihrer Mundart in der Schule und machte dieses Verbot sogar zum Gegenstand einer Schulaufgabe, die lautete: „In der Schule darf man nur Slowenisch sprechen.“ Darauf schrieb einer der Schulkinder das Gegenteil nieder: „In der Schule darf man nur Deutsch lernen.“ Natürlich wurde er wegen dieser Widerspenstigkeit bestraft. Das ließen sich jedoch seine Klassenkameraden nicht gefallen, und es brach eine offene Rebellion der Kinder aus, die sich, Knaben und Mädchen gemeinsam, auf die Lehrerin stürzten und sie mit ihrem Einzelnen und Federbüchlein verprügelten. Die Lehrerin ergriff die Flucht, und der Unterricht war damit zu Ende. — Die kleine Geschichte zeigt aufs deutlichste, wohin die Unterdrückung des deutschen Schulunterrichts in Slowenien greiflicherweise führen muß.

Die Einkommengrenze für Kriegsbeschädigte. Im Einlauf der gestrigen Parlaments Sitzung lag der Bericht des sozialpolitischen und des Budgetausschusses über den Regierungsentwurf vor, mit dem die Einkommengrenze, welche den Anspruch auf die Kriegsbeschädigtenrente ausschließt, festgesetzt wird. Da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und auch die Verhältnisse auf dem Lebensmittel- und auf dem Arbeitsmarkt nicht wesentlich geändert haben, wird vorgeschlagen, die Einkommengrenze, bis zu welcher die Renten der Kriegsbeschädigten voll ausbezahlt werden, auf der bisherigen Höhe von 5000 Kronen bei wirtschaftlich unselbständigen Invaliden bis Ende 1926 zu belassen.

Das Rehergericht in Affen. Die General-synode der Reformierten Kirche hat dem holländischen Pastor Dr. Geelkerker ein Ultimatum vorgelegt, in dem eine Erklärung darüber verlangt wird, daß in der biblischen Geschichte vom Sündenfall der Baum der Erkenntnis des Guten und des Bösen, die Schlange und ihr Sprechen und der Baum des Lebens nicht sinnbildlich, sondern buchstäblich als sinnlich wahrnehmbare Wirklichkeiten aufzufassen seien. Ferner soll Geelkerker sich ver-

Einiges aus dem Wehrgesetz.

Zur Information der Assentpflichtigen.

Die Assentpflicht beginnt mit 1. Jänner des Jahres, in welchem der Bürger sein 20. Lebensjahr erreicht und dauert bis 31. Dezember jenes Jahres, in welchem das 22. Lebensjahr beendet wird. Die in demselben Jahre Geborenen bilden eine Assentklasse. Zur Assentierung werden jährlich drei Assentklassen einberufen. Bei demjenigen, welche ihrer Assentpflicht im assentpflichtigen Alter nicht nachgekommen sind oder durch Strafverfahren nachgewiesen wird, daß ihre Assentierung durch eine der strafbaren Taten, welche im Wehrgesetz angeführt sind, vereitelt wurde, dauert die Assentpflicht bis 31. Dezember jenes Jahres, in welchem sie das 30. Lebensjahr erreichen. Die Assentpflicht verhält den Bürger dazu, sich vor die Assentierungs- (Ueberprüfungs-) Kommission zu stellen und sich dem vorgeschriebenen Verfahren zu unterziehen.

Gesuche um Aufschub des Präsenzdienstes, genügend begründet und mit den nötigen Belegen versehen, sollen bei der politischen Behörde erster Instanz des ständigen Aufenthaltsortes vor der Assentierung, spätestens jedoch direkt bei der Assentierungskommission eingereicht werden. Falls die nötigen Belege vor der Assentierung nicht vorhanden sind, können dieselben nach der Assentierung mit Anführung des Grundes nachträglich vorgelegt werden. Es sei bemerkt, daß der Aufschub keinesfalls eine Kürzung des Präsenzdienstes bedeutet.

Die Reisekosten der Assentpflichtigen. Die Ausgaben für die Reise zur Assentierung und zurück, sowie auch für seine Verpflegung trägt der Assentpflichtige selbst. Nur in einem Falle können die Reise- und Verpflegungskosten einem unbemittelten Assentpflichtigen auf Rechnung der Landesverwaltung durch das Gemeindeamt ausbezahlt werden, und zwar dann, wenn der Assentpflichtige in ein Militärhospital zur Konstatierung seines Gebrechens übergeben wurde, und dann nochmals einer Assentierung (Ueberprüfungs-) Kommission vorgeführt wird. Assentpflichtige haben keinen Anspruch auf Erlass der durch die Assentierung entgangenen Verdienste.

Strafen für Verspätung oder Vereitelung der Assentierung. Falls der Assentpflichtige in der vorgeschriebenen Frist zur Assentierung (Ueberprüfung) nicht erscheint und seine Verspätung nicht genügend begründet, kann er wegen dieses Vergehens mit einer Geldstrafe von 50 bis 3000 Kronen bestraft werden. Wer zur Assentierung nicht erscheint, um sich der Assentpflicht zu entziehen, kann mit Gefängnis bis zu drei Monaten, falls sich derselbe später freiwillig stellt, mit einem Monat Gefängnis bestraft werden. Außer diesen Strafen können noch Geldstrafen bis 3000, respektive 1000 Kronen verhängt werden. Diese Strafen werden auch gegen diejenigen angewendet, welche zu den erwähnten Vergehens überreden oder verhelfen. Schwer werden ferner jene bestraft, welche die Tschechoslowakische Republik verlassen oder sich außerhalb der

Grenzen derselben aufhalten, um sich der Assentpflicht zu entziehen (ein Jahr Gefängnis, bis 10.000 Kronen Geldstrafe). Handlungen, die zur Vereitelung der eigenen oder fremden Assentpflicht abzielen, werden mit 1 Jahr Gefängnis und bis 20.000 Kronen, mutwillige Gesundheitschädigung, um sich oder jemanden anderen für den Militärdienst untauglich zu machen, mit 3 Jahre Gefängnis und bis 30.000 Kronen bestraft. Dieselben Strafen werden auch angewendet, falls erwähnte Vergehens außerhalb der Tschechoslowakischen Republik verübt werden.

Wünsche der Assentierten um Einreihung in bestimmte Truppengattungen werden nach Zulässigkeit berücksichtigt. Solche Wünsche sollen in das Assentprotokoll eingetragen werden, wenn sie nicht den Dienstinteressen widersprechen und keine unzulässigen Gründe beinhalten. So können z. B. eingetragene werden: Wünsche ordentlicher Hochschullehrer, den Militärdienst im Orte der Hochschule leisten zu können, ferner Wünsche der Geistlichen und Kandidaten des geistlichen Standes aller geistlich anerkannten Konfessionen zwecks Dienstleistung bei der Sanitätsstruppe usw.

Ehen der Assentpflichtigen. Personen, welche ihre Assentpflicht nicht Genüge geleistet haben, können nur ausnahmsweise heiraten, und zwar mit Bewilligung der zuständigen politischen Behörde erster Instanz Assentierten, die ihren Präsenzdienst noch nicht angetreten haben, ferner Personen im Präsenzdienste, dürfen nur mit Zustimmung der Militärbehörde heiraten. Die Bewilligung zur Eheschließung gewährt jedoch keine Begünstigungen in der Ausübung der Wehrpflicht. Die Nichtbefolgung dieser Anordnungen wird bestraft.

Auslandsreisen der Assentpflichtigen sind durch die Wehrvorschriften ziemlich beschränkt. Die Reisepässe werden von der zuständigen politischen (Polizei-) Behörde erster Instanz ausgegeben, jedoch nur in berücksichtigungswürdigen Fällen, im Einvernehmen mit der Militärbehörde und nur in jene Orte, aus welchen eine rechtzeitige Rückkehr zur Erfüllung der Assentpflicht oder zum Antritt des Militärdienstes möglich ist. Diejenigen, die ihrer Assentpflicht nicht Genüge geleistet haben, kann ein Reisepaß nicht ausgestellt werden.

Wehrpflicht und Bekleidung öffentlicher Funktionen. In den Staatsdienst oder einen anderen öffentlichen Dienst kann eine Person, die ihrer Wehrpflicht nicht nachgekommen ist, nicht aufgenommen werden; falls dieselbe solche Dienste bereits verrichtet, muß sie entlassen werden. Dasselbe gilt auch bei Funktionen, die durch Wahl erreicht wurden. Diese Bestimmungen jedoch keine Anwendung bei Personen, welche nicht assentpflichtig sind.

Meldepflicht. Nichteingereihte Assentierte müssen den Wechsel ihres Aufenthaltsortes, ferner den Abgang zum Präsenzdienste den zuständigen Gemeindeämtern melden.

.....
pflichten, die ganze Darstellung der Heiligen Schrift ohne irgendwelchen Vorbehalt aufzunehmen und künftig seiner Auslegung zugrunde zu legen. Uebrigens hat dieser fortwährende Pastor bereits eine Einladung aus Amerika erhalten, um in New York, Chicago und anderen Großstädten über seinen Prozeß und seine Schriftauffassung öffentliche Vorträge zu halten. Unter den Anhängern Geelkerkers hat die Zumutung der Generalsynode ungeheure Erregung hervorgerufen. Kirchenrat und Gemeinde stehen fast einmütig hinter ihm. Seine Amsterdamer Gegner haben einen Klub gebildet, um die Bildung eines neuen Kirchenamtes und die Aufhebung des lehrerlichen Posters zu erzwingen.

Eine sonderbare Defraudation. Der Dirigent der Ungarisch-Broder Filiale der Morawitz-Slowenka Banka Josef Hanal, der vor kurzem von seinem Posten suspendiert worden ist und an eine untergeordnete Stelle der Brünner Filiale versetzt wurde, stahl aus der Ung.-Broder Filiale zwei Schecks lautend auf 200.000 K., und lössierte die Schecks in Brünn ein. Am nächsten Tage erschien er bei dem Zentraldirektor Richter in Olmütz und eröffnete ihm, er habe einen Betrag von 200.000 K. defraudiert. Richter forderte ihn auf, das Geld herauszugeben. Doch Hanal wollte das Versteck des Geldes nicht nennen und sagte: „Ich sitze lieber ein paar Monate ab und bin dann ein gut versorgter Mann.“ Auch bei der Polizei war aus Hanal nichts herauszubringen, wohin er das Geld getan habe. Den Nachforschungen gelang es, festzustellen, daß Hanal das Geld in einer Brünner Bank als Einlage deponiert habe. Nun wurde auch die Frau Hanals, die im Verdacht steht, an der Veruntreuung teilgenommen zu haben, verhaftet. Bezeichnend ist es übrigens, wie jetzt gemeldet wird, daß Hanal erst vor kurzem eine sechsmonatige Kerkerstrafe abbüßte. Von dieser Strafe mußte die Bank jedenfalls wissen, da der Vandaligent vor einem Jahre in öffentlicher Gerichtsverhandlung verurteilt worden war. Trotzdem blieb er in seiner leitenden Stellung. Er war verurteilt worden, weil er einen Bestechungsvertrag mit einem Revisionsorgan des Finanzministeriums durchgeföhrt hatte. Hanal war früher Mitglied des Revisionsausschusses des Finanzministeriums und hat auch in dieser Eigenschaft verschiedene betrügerische Stüchchen ausgeführt. Das Finanzministerium hat jedoch keine Anzeige erhoben, sondern Hanal nach Erteilung eines einjährigen Urlaubes einfach entlassen. Im Laufe des gestrigen Tages ist nicht der gesamte Betrag, den Hanal veruntreute, bei der Brünner Bank zustandgekommen. Von den veruntreuten 280.000 K. fehlen noch 100.000 K., über deren Verbleib Hanal vorläufig jede Aussage verweigert.

Die 13jährige Nichte als Werkzeug einer Prostituierten. In der letzten Zeit wurden im Troppauer Stadtgebiete verschiedene Taschendiebstähle, meistens in Fleischerläden und Geschäften verübt, ohne daß der Täter festgenommen werden konnte. Nun hat man selbsteigelt: Am 17. Jänner kam aus Krakau mit dem Paß ihrer Schwester eine gewisse Anna Walschleier, gewesene Prostituierte, in einem ehemaligen Troppauer Freudenhause, mit ihrer 13jährigen Nichte Felizia Walschleier nach Troppau. Die beiden haben sich zuerst in einem Troppauer Hotel und später in Ratherein einlogiert. Gleich am Tage nach der Ankunft verübte die 13jährige Felizia Walschleier einige Taschendiebstähle bei Kaufleuten und Fleischern, wahrscheinlich über Anregung ihrer Tante. Obwohl die beiden nach ihrer Festnahme die ihnen zur Last gelegten Taten leugneten, wurden sie überführt, und zwar teils von den Beschädigten, teils durch den Umstand, daß bei Anna Walschleier zwei altösterreichische 10-Kronen-Goldstücke vorgefunden wurden, welche vor kurzer Zeit einer Frau in einem Geschäftsladen entwendet worden waren.

Natürliche Bevölkerungsbewegung im November 1925. Im Monate November 1925 wurden in der Tschechoslowakischen Republik 28.900 Kinder geboren (davon 650 tot), es starben 15.970 Personen. Im Vergleich mit dem November 1924 ist die Geburtenziffer gleich geblieben, die Anzahl der Gestorbenen ist beinahe um 2000 kleiner. Infolgedessen ist der Ueberzuch an Lebendgeborenen im November 1925 um fast ebensoviel größer und beträgt 11.780 Seelen. Ehen wurden 16.930 (im J. 1924 17.660) geschlossen. Ausführlichere Daten enthalten die „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“, Jhrg. 1926 Nr. 6.

300jährige Jubelfeier des Gymnasiums in Böh. Leipa. Das deutsche Staatsgymnasium in Böh. Leipa feiert in den ersten Tagen des Juli 1927 das 300. Jahr seines Bestandes. Ehemalige Schüler und Freunde der Anstalt mögen ihre Anschriften mit Angabe des Abgangsjahres der Direktion umgehend bekanntgeben.

Der Juwelenraub mit Feuerwerkskörpern in der Danzigerstraße in Berlin ist mehr als ein fähner, origineller Verbrechensfall gewesen. Er bedeutet eine Neuheit in der Kriminalgeschichte. Mit ihm wurde zum ersten Mal der Uebergang von den rohen technischen Mitteln des Einbruchs zur Psychologie als Werkzeug zum Verbrechen vollzogen. Während man früher nur mit dem Stahlbohrer und dem Sauerstoffgebläse, lauter plumpen und gewalttätigen Dingen arbeitete, war diesmal in der Danzigerstraße jemand am Werk, der so primitive Mittel verschmähte und anstatt der alten Gewalt einen einfachen Witz anwendete, um mit den Mitteln der Massenpsychologie zum Ziel zu

kommen. Die Menschen auf der Straße fürchteten, von Handgranaten zerrissen zu werden, und flüchteten in die Tore und Häuser. Deshalb kann niemand eine Beschreibung der Täter und ihrer Helfer geben. Die einzigen Spuren, an die die Polizei bei ihren Ermittlungen anknüpfen kann, sind die Reste der Explosivkörper und ein in eine Schürze gehüllter Stein, mit dem die Schausensterscheibe des Juwelengeschäftes eingeschlagen wurde. Der Verbrecher schuf also mit seiner Tat ein kriminalistisches Ereignis. Mit den bescheidensten Mitteln erzielte er die größte Wirkung. Die Bomben waren nur Attrappen, doch der Schreck, den sie bewirkten, war echt. Die Wachmannen wurden blind und taun sie vergossen das, was sonst ihr höchstes war: ihren Verstand, und stürzten davon, um ihr Leben zu retten. Die Rechnung stimmte und im Juwelergeschäft winkte der Lohn. Die Polizei wird schwer Arbeit haben, um diesem neuen Verbrechertypus zu wachsen zu sein.

Der dritte Voßmer-Prozeß ist vor dem Großen Schöffengericht Potsdam eingeleitet worden. Gräfin Voßmer — diesmal mit Bubistopf — hat nicht auf der Anklagebank, sondern zwischen ihren Verteidigern Platz genommen. Zu Beginn der Verhandlung haben die Verteidiger die Erklärung abgegeben, daß sie den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Westerkamp, als befangen ablehnen müßten. Westerkamp habe Frau von Voßmer in der ersten Verhandlung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, während sie in der zweiten Instanz nur zu vier Monaten verurteilt worden sei. Der Vorsitzende habe die Angeklagte unbillig behandelt, in der Verhandlung ihre Darlegungen als Schwindel bezeichnet (!) und sie selbst als Frau Voßmer angeordnet. Ferner habe der Vorsitzende das Hausmädchen der Angeklagten nach den Schlafzimmereigenschaften ihrer Herrin gefragt, obwohl diese Dinge mit der Diebstahlschuld nichts zu tun gehabt hätten. Schließlich soll sich der Vorsitzende während der zweiten Verhandlung im Zubörraum befunden und damit sein ungewöhnliches Interesse an der Sache bekundet haben. Ferner habe der Vorsitzende in Gegenwart des Eheannes die Beziehungen der Gräfin zu Hauptmann Fester unnötigerweise erörtert. Dadurch sei die Ehe der beiden Gatten vernichtet und die Scheidung hervorgerufen worden. (Dieser ohnungslose Ehemann!) Landgerichtsdirektor Westerkamp unterbroch diese Ausführungen mit dem Einwurf, daß diese Darlegungen auch schriftlich vorgebracht werden könnten. Noch mehr als dreistündiger Beratung beschloß die Strafkammer, daß die von der Verteidigung gegen Landgerichtsdirektor Westerkamp vorgebrachten Ablehnungsgründe und Beschwerden keinen Anlaß böten, den Vorsitzenden als befangen anzusehen. Schließlich trat man in die Verhandlung ein. Die Gräfin gestand zu, den Namen der Schwester Hieronyma auf den Brief der Frau Ried selbst geschrieben zu haben.

Die deutschsprachliche Schule in einem Vorort von Tokio ist durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört worden. Die Schule war ein Holzgebäude, in dem etwa 30 deutsche Kinder von deutschen Lehrern unterrichtet wurden. Der Schaden wird auf 80.000 Yen geschätzt.

Die indische Regierung beabsichtigt, die Propaganda für Indonessen in den Niederlanden auf eine wesentlich breitere Grundlage zu stellen, und auch jene Massen zu erreichen, die zu einer Propagandareise nach Indien nicht in der Lage sind. Indische Sachverständige sollen vor allem durch Lichtbildervorträge auf das Leben in Indien, seine großen Kulturen und seine Ausichten hinarbeiten. Auf diese Weise will man dazu beitragen, die Stellung der Weissen gegenüber den Farbigen in Niederländischer Indien durch Zuwanderung geeigneter europäischer Elemente zu verstärken.

Eine furchterliche Dürre ist in Suriname in Westindien ausgebrochen. Namentlich das Vieh stirbt in großer Zahl, da es unmöglich ist, die Viehbestände ausreichend mit Wasser zu versehen. Auch die Reisbestände werden wohl in absehbarer Zeit aufgebraucht sein.

Bei einer Sprengung auf dem Pionierübungsplatz bei München wurde ein Obergefreiter durch eigene Unvorsichtigkeit getötet. Als ein Sprengschuß versagte, verließ der Gefreite die Deckung, um nach dem Grund zu sehen. Da explodierte der Schuß und zerschmetterte ihn.

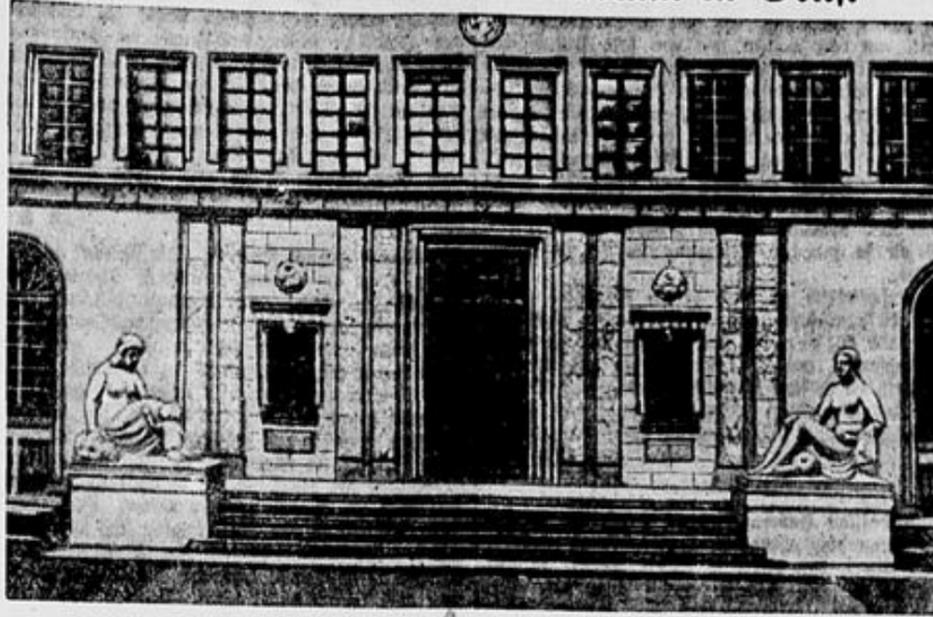
Das Bodenseedorf Stodach bei Konstanz wurde durch eine Feuersbrunst, deren Bekämpfung bei dem starken Westwind und infolge Wassermangels unmöglich war, nahezu vollständig eingeschert. Verdacht der Brandstiftung liegt vor.

Die öffentliche Ziehung der 3. Klasse der 14. Klassenlotterie wird am 19. März 1926 um 8 Uhr im Ziehungslokal in Prag I., Rozi nam. Nr. 4, abgehalten werden. Gezogen werden in dieser Klasse 4800 Gewinne, im Gesamtbetrage von 2.353.000 K., darunter Gewinne 2 zu 90.000 K., 2 zu 60.000 K., 2 zu 40.000 K., 10 zu 10.000 K. usw.

Schwefel und Erdbeben. Ueber die Erdbeben, die während der großen Ueberschwemmungen vor zwei Monaten in der holländischen Provinz Limburg und auch im benachbarten Westdeutschland und Belgien wahrgenommen wurden, hat das Meteorologische Institut in der holländischen Stadt de Bilt einige interessante Feststellungen gemacht. Danach ist diese Erderschütterung auf den Sturz einer großen Felsmasse in der Ausläufer der Eifel zurückzuführen, der seinerseits eine Folge des hohen Wasserstandes in den verschiedenen Ueberschwemmungsgebieten war, in denen man einen außerordentlich starken Druck auf einige Stellen der Erdoberfläche festgestellt hat. Das Institut in de Bilt beruft sich zum Beweise der Richtigkeit seiner Behauptung auf den großen Erdbeben im zentralasiatischen Pamir-Gebiete vom 18. Jänner 1911, der von allen Erdbenstationen der Erde registriert wurde.

Neue Rapptha-Lager sind in der Tatarenrepublik festgestellt worden. Auch im Gebiete des flusses So-i hat man unzweifelhaft Angelegenheiten ausgebeuteter Rappthavorkommen gefunden.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf.



Der Eingang des neuen Internationalen Arbeitsamtes, das durch statistische Erhebungen die materielle und soziale Lage des Arbeiterstandes feststellen will.

Die Sturmflut der letzten Tage hat an der französischen Küste mehrere Unglücksfälle verursacht. So ist bei Orient, 200 Meter von der Küste entfernt, ein Fischerboot mit 3 Mann Besatzung untergegangen.

Ueber eine verschwundene Insel hat das deutsche Vermessungsschiff „Meteor“ nach eifriger Forschungsarbeit im Südpolargebiet einen Bericht erstattet; es handelt sich um die Insel Thomson im südlichen Atlantischen Ozean, 80 Meilen nordwestlich der Insel Buret, die augenblicklich vollständig untergetaucht ist.

Eine altgriechische Statue, in der man ein Werk des Phidias vermutet, wurde bei Ausgrabungen in Pompeji in einer freigelegten Straße in der Vorhalle eines Patrizierhauses guttogen gefunden.

Das Meer wird immer salziger. Man hat festgestellt, daß im Lauf der Zeit der Salzgehalt des Meeres immer höher wird. Ursprünglich war das Meerwasser süß wie das der Binnenseen.

daß durch diesen Erneuerungsprozeß das Meerwasser immer mehr mit Salz gesättigt wird.

Der Bezirksbildungsausschuß Grulich veranstaltet ab 21. März in Nieder-Allersdorf einen achtwöchentlichen Lehrgang für Berufsführerinnen. Gesamtlosten 2000 Kronen.

Prager Chronik. Donnerstag wurde ein höherer Beamter einer Prager Bank verhaftet. Er ist verdächtig, zum Schaden des Staates in betrügerischer Weise eine betrügerische Weise eine betrügerische Anzahl von Kriegsanleihen, die nach dem Gesetz nicht eingetauscht werden dürfen, gegen Staatsanleihen eingetauscht zu haben.

Vortrag J. Reichmann: „Dichter des Friedens“ heute 7 Uhr Frauenliga für Frieden und Freiheit Prag II, Kralauerstraße 21.

Wetterbericht. In der Nacht auf Freitag trat in Böhmen vom Westen her eine neue Erwärmung ein, Freitag früh stiegen die Temperaturen in Nordwestböhmen über 5 Gr. C. (Kuffitz 6, Eger 5 Gr. C.) Der Osten der Republik blieb noch ziemlich kalt (Nachmittags in Pilsen plus 1, in Ausschau minus 5 Gr. C.)

(Schwert, Trautenau 11, Tabor 9, Eger 7 Min.). In den Niederungen hat sich stellenweise eine leichte Schneedecke gebildet. — Wettervorhersage für den 18. d. s.: Vorwiegend bewölkt, Niederschlagslos.

Das Martyrium einer Frau.

Aus Chemnitz wird uns folgende Tragödie einer Frau gemeldet:

Frau Rustenbach hat teils aus Liebe, aber auch aus Mitleid einen viel älteren Mann geheiratet, von dem sie nachher hörte, daß er nicht weniger als 21 mal vorbestraft sei.

Eines Tages kam es zu einem bösen Mißgeschick. Rustenbach hatte seine Frau wieder aus dem Hause gewiesen, aber sie begab sich auf Anraten ihrer Mutter zurück, worauf es zu einem schweren Zusammenstoß mit dem Mann kam.

In der Berufungsverhandlung vor der Großen Strafkammer bekam der Vorfall ein ganz anderes Licht. Es wurde festgestellt, daß der Mann mit 21 Vorstrafen mit einem Beil auf seine Frau losgegangen, und diese ihn nur in höchster Verzweiflung mit der Salzsäureflasche abgewehrt hatte.

Mitteilungen aus dem Publikum.

VERSALLE WÄSCHT ALLEIN, SCHONT DIE WÄSCHE

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

SANAR BUTTER GLEICH

In jeder Hausapotheke

soll der beliebte ORIGINAL-FRANZBRANNTWEIN

ALPA

nicht fehlen. Derselbe wirkt sofort erfrischend in Schwächezuständen und Überanstrengung und ist zugleich das beste Desinfektionsmittel des Körpers als auch der schweren Luft in Wohn- und Arbeitsräumen.

ALPA

Überall erhältlich! — Preis K 5.—

Kleine Chronik.

„Demokraten“.

Zum Volkenscheid in Deutschland.

Dieses sind die Demokraten —! Marke Halb u. Halb Spezial! Für die teuren Vorkantaten kompromittieren sie feindlich:

„Nieder mit dem Volkenscheid — tut uns leid!“ Möchten Sie auch noch so gern — Demokraten, meine Herrn, halten sich von diesem fern!“

Unterschrift: Parteikonzerne.

Dieses sind die Demokraten: Marke Halb u. Halb Spezial! Rusche fühlt sich zwar verraten und tritt kontra das Bedal:

„Goh, ja wohl, der Volkenscheid — tut uns leid!“

Den Parteivorstand in Ehren — werden uns bagegn wehren: machen mit beim Volkenscheid!“

Unterschrift: die andre Hälfte.

Dieses sind die Demokraten: Marke Halb u. Halb Spezial! Was seit Weimar sie auch toten, merckstens war es höchst fatal! Stange halten —? Einigkeit —? „Tut uns leid —!“

Demokraten, stets gepolten, haben nie noch was gehalten, blieben immer doch die alten „So-mal“ und „Mal-so“-Gestalten.

Josef Maria Frank.

Glossen über den Bubilopf.

Zu dem immer noch viel „umstrittenen“ Thema steuert H. G. in der „Arbeiter-Zeitung“ geistreiche Glossen: bei, von denen wir einige wiedergeben:

„Das wallende Haar ist der schönste Schmuck der Frau.“ Das Haar hat aber heute nichts mehr zu wollen, sondern es wird zusammengekrummt zum dicken Knoten und liegt angebunden am Hinterkopf. (Haben Sie schon einmal gesehen, daß eine Frau ihr Haar „wallen“ ließ?) Zum schönsten Schmuck der deutschen Frau gehört aber der unterlegte falsche Zopf, künstlich in allen Friseurläden, diese gemeinsten aller Täuschungen, mit der naive Männer betrogen worden sind.

„Das lange Haar des Weibes ist eine Gabe der gefunden Natur.“ Aber die dreizehn Haarnadeln darin sind eine Gabe der widernatürlichen Technik.

„Das lange Haar des Weibes ist eine Gabe der gefunden Natur.“ Aber die dreizehn Haarnadeln darin sind eine Gabe der widernatürlichen Technik. Diese Nadeln liegen morgens neben dem Bett bis zum Erwachen. Danach gelangen diese Nadeln manchmal zum Falten in den Mund; ganz bestimmt wird aber der falsche Zopf in den süßen Rosenmund genommen. . . . Und alldann der Ramm. Der Wollkamm, die Egge, der Staubtraber! Nein, wenn das der junge Mann schon vor der Ehe wählte. Was sagte er dazu?

„Wagt ihr, was für Dinge sind es! Haar ohne Kunsthaar, Haar ohne Metallstufen, Haar zum unbedürftigen Leben und Gebrauch! Haar ohne Staub! Haar, das gewaschen werden kann, täglich, nicht quartalsweise! Haar, dem man es putzt, sauber zu sein, Haar, das keine Fessel wird für die Trägerin, Haar, mit dem du wandern kannst, Haar, das man zu jeder Stunde ohne Abscheu betrachten kann!“

„Ich meine den Bubilopf! Den Schopf von vernünftiger Länge! Wohl braucht das Pferd einen langen Schwanz, um die Fliegen abzuwehren, der Mensch aber — der weibliche Mensch — trägt den Bubilopf, den klaren, wahren, freien, vernünftigen Bubilopf.“

„Nun ist aber diese Welt immer noch so, wie sie seit je gewesen ist. Der Aberglaube und die schwerfällige Gewohnheit beherrschen die trägen Schritze. Wenn ein Unstun nur recht alt ist, so erlangt er gleich „Heiligkeit“ und stemmt sich gefährlich gegen den Einmarsch der kommenden Vernunft. Und wie man glaubte, Männer ohne Nattatenbart seien keine richtigen Männer, sondern Jämmerlinge, Weisheitsfalscher und entwertete Lustnaben — wie man einst glaubte, radelnde Frauen seien stillos haltlose Geschöpfe —, just so rumort es im Hirn der Zurückgebliebenen jetzt gegen die Trägerinnen von Bubilöpfen. Sie glauben, daß man mit dem Haar auch die Moral entferne. — — —

Volkswirtschaft.

Lohnbewegung im Maler-, Lackierer- und Anstreichergerwerbe.

Die Sektionen der Maler, Lackierer und Anstreicher im deutschen Bauarbeiterverband haben an die Unternehmer Lohnforderungen überreicht. Darüber fand bis jetzt eine informative Aussprache in Reichenberg zwischen den Vertretern der beiden Interessentengruppen und am 24. v. M. eine Verhandlung in Bodenbach statt.

Die Geschäftskosten werden um diese neue Leistung erhöht und der Kundschaf angerechnet werden. Dies sehen die Unternehmer, auch die ehrenwerte Malerzunft, als recht an. Den Arbeitern bittet man die's Recht aber nicht zu. In der Antwort schreiben die Herren Zünftler, es sei ein kühnes Verlangen, auch noch eine solche Forderung zu stellen. Denn die Arbeitervertreter hätten bei Schaffung dieses Gesetzes gewiß darauf Bedacht genommen, daß der Arbeitnehmer nicht übermäßig belastet worden ist, außerdem müssen ja jetzt schon der Arbeitgeber zu allen möglichen Leistungen des Arbeiters hinzuzahlen.

Warum ich das schreibe? Weil ich die Muderet und die Großenhaftigkeit und das dumme, brutale Vorurteil nirgendwo leiden kann und weil auch bei der Bubilopfrage die alten Vorurteile sich wieder grinsend zeigen. Weil ich noch von einem Fall vernahm, in dem ein Vater die eigene Tochter zum Hause hinauswarf, weil sie es wagte, ihr eigenes Haar nach ihrem eigenen Willen zu tragen. Solcher Vater ist reaktionär im eigenen Heim. Wenn Kinder Ehrfurcht hagen sollen, so sollen Väter Verständnis hegen. Wer darum einen Bubilopf tragen will, mag ihn ruhig tragen. Durch ihn wird man nicht besser und nicht schlechter. Sehr häufig aber — Schöner.

Kunst und Wissen.

Ausstellung im Rudofinium.

Paul Alee, Jaroslav Veris, Bernhard Reder.

Bisher war es von der Ausstellungsleitung nicht beabsichtigt, Paul Alee gegen Jaroslav Veris auszuspielen. Aber oft verdankt man dem Zufall anstößige Impulse und die ungeahnte Begegnung dieser beiden nach entgegengesetzten Enden marschierenden Künstler im Ausstellungsfoal des Kunstvereins gibt zu manchen Gedanken über die moderne Kunst genügenden Anlaß. Der Münchner Paul Alee ist in Deutschland und auch bei uns kein unbekannter Künstler mehr. Sein Name bedeutet ein Programm: Infantilisimus, zu deutsch etwa: Kinderkunst, ein Sprößling jener übergeistigen Kunstperiode der letzten Jahre, die an der Betonung des geistigen und seelischen Gehalts einer Kunstschöpfung sich nicht genug tun konnte und darob gar oft so irdische Dinge, wie Natur, Farbe, Zeichnung etc. vergaß. So unbeholfen und unbekümmert die Zeichnungen Alees auf den ersten Blick zu sein scheinen, so raffiniert sind sie auf Unschuld der Harmonie und Chuzmacht des Ausdrucks abgestimmt, daß dies an sich schon als eine beträchtliche Reifeleistung anzusprechen ist. Die dünnen, eiskalten Linien seines Stils sind eigentlich Gerippe, bis zu denen wühlende Gedankenarbeit alle sinnlichen Eindrücke abgenagt hat.

Wenn man den Aufwand geistiger Energien mit dem Resultat Aleescher Zeichnungen vergleicht, so kommt man zum Schluß, daß es sich nicht lohnt hat. Und wenn man dieses Mißverhältnis gar ins Materielle umsetzt (ein kleines Aquarell, heißt „Sternverbundene“, mehr ein unbedeutendes Ornament. Denn der Ausdruck eines Seelenzustandes, kostet 8000 K. ebenfalls kosten fünf Aquarellstreifen verschiedener Farbe auf einem Blatt Papier). Dann wünscht man sich diese achttausend Kronen zu besitzen, um für diesen Betrag drei Arbeiter des in den ersten zwei Sälen ausstellenden jungen Tschechen Jaroslav Veris kaufen zu können, in denen verblühende Beherrschung des molekularen Handwerks mit einer ausgeprägten Bildwirkung gepaart erscheinen. Freilich, der 23jährige Veris kann sich vielleicht an geistiger Tiefe mit dem überkultivierten Paul Alee nicht messen, auch bedeutet sein Name kein Programm, er tut nicht mehr, als die Malweise guter klassischer Vorbilder genau abzuquasiert, lebt sich vollkommen an diese an, aber in seinen Bildern kann man, wie man sagt, spazieren gehen, er bietet prächtige Farben,

funkelnde Gewänder, eine schöne, reine Linie und erfreut damit das Auge. Ein hochgebogener Kopf auf eigene Rechnung. Es gibt da ein Männerportrait, das von weitem wie von dem französischen Klassiker Ingres gemalt zu sein scheint, ein Fischstücken, mit den koloristischen Reizen des berühmten Niederländers Adriaens, eine „St. Magdalena“, die an einen Meister der ital. Renaissance gemahnt. Er ist noch jung. Ist er einmal so weit, sein gut erlerntes Handwerk zum Dolmeisch seines eigenen Sehens und Wollens zu machen, dann wird man vielleicht an ihm größere Freude haben, als an so mancher Verirrung überhepten Kunstgeistes.

Anschließend an diese beiden Künstler macht man Bekanntschaft mit einem jungen Rumänen, Bernhard Reder, der der hiesigen Brünse-Schule entwachsen ist, und in einigen großen und kleineren Blättern einen starken Willen, Drang zum Pathos, aber noch Unausgeglichenheit des Ausdrucks, Fehler in der Zeichnung und Ohnmacht im Rolorit verrät.

Hugo Feigl.

Bronislaw Hubermann, der König der Geiger, gab Donnerstag abends im Lucerna-Saale neuerlich ein Konzert, das dritte in diesem Prager Winter, was allein schon beweist, welche beispiellose Verehrung dieser einzigartige Künstler genießt. Diesmal hatte zudem noch ein ganz ausgewähltes Programm alle Musikliebenden gezogen: die berühmten Violin-Konzerte von Brahms und Tschaiowski, beide in D-Dur, denen zur freudigen Ueberbrückung der Hörerschaft noch die beiden Romane von Beethoven beigelegt waren. Das Brahms-Konzert, das am Anfang stand, spielte Hubermann seelenvoll und inbrünstig, selbst völlig hingeeben an diese herrliche Musik, mit unübertrefflicher Meisterschaft, herzerweichend in wehmütvollem Ton, mit pianissimo wie zerdrückten Tränen. Nach jedem Satz und besonders am Schluß gab es denn auch einen Beifallssturm, wie ihn selbst dieser Saal noch nicht oft erlebt haben dürfte. Innig, in klassischer Einfachheit und Reinheit blühten dann die beiden Romane auf; immer wieder ist man überrocht von der durchsichtigen Klarheit des zweistimmigen Gesanges der Solovioline in der G-Dur-Romane von der großen breiten F-Dur-Kantilene, wie sie Hubermann hinonkweint. Nach der Pause verschlug einem der erste Satz des Tschaiowsky-Konzertes den Atem, bei der Conzozetta hielt man ihn an, um ihn beim vivacissimo-Schlusssatz wieder zu verlieren. Vielleicht lag's an der sonst ausgezeichneten Begleitung des böhmischen Philharmonie-

Orchesters unter Stupka, vielleicht auch an einer begreiflichen Ermüdung Hubermanns, daß der Wiedergabe gerade dieses letzten Satzes ein Quentchen zum Ideal zu fehlen, das Finale ein wenig abgerissen schien; doch dies sei lediglich Feststellung eines Eindrucks, unter dem die Gesamtwirkung bei niemandem lit. Das in Verzückung rasende Publikum zwang Hubermann nach langem vergeblichen Bemühen, als der Saal schon halb im Dunkel lag, noch eine Draufgabe ab und feierte den großen Künstler immer wieder mit einem Trommelsturm von Applaus.

Sidney Johns Operette „Die Geisha“ gelangte dieser Tage am Neuen deutschen Theater nach mehrjähriger Pause zur Wiederaufführung. Wie sehr gerade Operetten dem Zeitgeschmack unterliegen und daher unglaublich rasch veralten, zeigt diese heuer dreißigjährige Operette in bereitetester Weise. Wer es nicht weiß, und nicht mitgemacht hat, findet es kaum begreiflich, daß Johns „Geisha“ das Muster und Vorbild der heutigen modernen Tanzoperette ist, daß sie seinerzeit in ununterbrochenem Siegeszuge die ganze zivilisierte Welt eroberte und ihre Schlager überall heimisch waren. Heute wirkt Johns Musik in der Einförmigkeit und Maniertheit des den leichten Takteil unterstreichenden Dreiviertel-Rhythmus entweder kitschig-langweilig oder aufdringlich zirkusmäßig. Vielleicht wären entsprechende instrumentale Reizungen geeignet, eine Verlängerung der Lebensdauer dieser englischen Musteroperette zu erzielen. Ueber die Renaufführung ist zu sagen, daß sie den Anforderungen des Werkes nicht immer gerecht wurde und daß namentlich die zahlreichen großen Ensembles und Chöre äußerst mangelhafte Vorbereitung erkennen ließen. Dagegen gab es manche ganz ausgezeichnete Einzelleistungen. So vor allem die bildhaft reizende und gefanglich vollkommene „Mimosa“ Frau de Garmos, die eine wirklich ideale, keine Geisha ist, und den ausgezeichneten „Wun-Off“ Herrn Fleischmanns, der sich nicht nur als Groteskomiiker von der besten Seite zeigte, sondern auch durch seine geradezu varietemäßige Tanzkunst verblüffte. Mehr oder weniger vortrefflich traten in den übrigen Hauptrollen Fräulein Jenny, Vater und Longauer sowie die Herren Gabel, Stadler und Czubol hervor. Für die

Inspizierung und Spielleitung zeichnete diesmal Herr von dem Bruch, für die musikalische Leitung Kapellmeister Waigand, der es leider nicht verstand, dem Werke neues Leben einzuflöhen und für seine rhythmische Erneuerung zu sorgen. —

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Samstag „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag halb 3 Uhr nachm. „Mascottchen“, 7 Uhr „Mida“, Montag halb 8 Uhr abends „Das Mahl der Spötter“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute abends „Die Mama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Charleys Tante“, abends „Jonny's Busenfreund“, Montag „Lady Fanny und die Dienstbotenfrage“.

Turnen und Sport.

Das erste pläzische Arbeiterportfest findet am Pfingsten in Ludwigsbafen statt. Das umfangreiche leichtathletische Programm sieht u. a. Dreikämpfe vor für Sportlerinnen unter 16 und über 16 Jahre, für männliche Jugendliche unter 16, zwischen 16 und 18, und über 18 Jahre und schließlich für die Altersklasse über 35 Jahre. Außerdem läßt der Arbeiter-Athletenbund seine Bundesmeisterschaften im Seben, Ringen, Boxen und Taueisen austragen. Daneben kommen zahlreiche radsportliche Wettlämpfe zum Auszug: Straßenrennen, Jugendrennen, Altersklassenrennen, Damenrennen, Flegger- und Mannschaftsrennen, Massenrennen, Schul- und Kunstrennen, Raddaßpiel. Auch sehenswerte schwimmsportliche Wettlämpfe sind vorgesehen. Der Arbeiter-Schwabund zeigt eine lebende Schwabpartie, Massenwettlämpfe, Problem- und Milturnier sowie ein Simultanspiel. Sämtliche Anfragen sind zu richten an Karl Zauer, Ludwigsbafen a. Rh., Rupprechtstraße 14.

Getretär gesucht

für das zu errichtende Gebietssekretariat M.-Astrau-Ostschlesien. Genossen, die eine organisatorische und agitatorische Tätigkeit nachweisen können, die tschechische Sprache in Wort beherrschen, wollen ihre Offerte an die Kreisleitung Troppau der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Troppau, Postfach 26, einsenden. 3928



Hier liegt die Ursache

Das harte Granitpflaster der Straßen erfordert bei jedem Schritt volle Körperarbeit und bei irgend einem Leiden, wo körperliche Bewegung Notwendigkeit ist, wird schon nach wenigen Schritten eine Steigerung der Schmerzen verspürt.

Gallensteineidende, Nierenkranke, Fußleidende und Nervöse sollten ihren Körper gegen die brutale Erschütterung beim Gehen schützen. Das einfachste und billigste Mittel sind BERSON-GUMMIARSATZE.

BERSON sind kein Luxus, sie sind sogar billiger und haltbarer wie Leder. Wer BERSON an den Schuhen trägt, wird die Wohltat des elastischen Schrittes nie mehr entbehren wollen.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art

Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angeländigten Bücher und Zeitschriften werden reichlich geliefert.

Das Beste für feine Cremes



VITELLO

DELIKATESS MARGARINE

wie

feinste Teebutter

CENTRA AKT. GES. TETSCHEN.

Matador Sportwolle

Alpia Sportwolle

Garantiefzeichen

XII. Internationale Frühjahrsmesse in Prag

vom 21. - 28. März 1926.

Die größten in- und ausländischen Firmen als Aussteller, 20% Rabatterermäßigung, herabgesetzte Umrüstungs- und Melchierdienst, Nachmittags- und Sonderermäßigungen, Vegetationskatalogen a. K. 25 der auslandvertrittenen der demokratischen Republik und beim Weltkongress in Prag 1. März 1926.

Veranstaltet Prag, eine der schönsten Städte der Welt, die allgemeine Messe. — Organisations: Bau, Möbel und Diamant, Spiel, Sport, Radio, Kellerei, u. Grabmal, Kasse, Kasse. — Sondergruppen für praktische Wirtschaftsführung im Haushalte sowie für Organisation von Jungfrauen etc. — Zahlreiche Auslandsgruppen wie Schweden, Dänemark, Deutschland, U. S. A. etc. geladent.

XIII. Prager Herbstmesse vom 29. August bis 5. September 1926.

(Kündigung dieses Datum vorbehalten.) 3173

Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall **bevorzugt.**

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

Größte Dauerhaftigkeit,

solideste und einfachste Konstruktion bietet das kleine Modell der

AEG-Schreibmaschine

Einfachste Handhabung, von jedem Laien in wenigen Stunden erlernbar. Absolute Zeilengeradheit, 15 und mehr reine, gut leserliche Durchschläge. Für alle Kultursprachen durch einfaches Auswechseln der Tastatur verwendbar. Reinheit der Schrift. Verlangen Sie Offerte:

AEG-Elektromaterial Brünn, Ant. Dvoráksgasse 11a.

Telephon Nr. 1320

Alle Drucksachen

sofort prompt und billigst

Druck- u. Verlagsanstalt G. M. H. IL.

TEPLITZ-SCHÖNAU, Tischlergasse.